



MATERIAL



**Erstes Netzwerktreffen
deutscher Kommunen mit
Partnerschaften in Nordafrika
7. und 8. November 2011**

Dokumentation

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 50

Impressum:

Herausgeber:

Engagement Global gGmbH, Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn

Fon: +49/228/20717-0
Fax: +49/228-20717-150
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Anita Reddy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 50
Projektleitung: Mandy Wagner

Texte: Heike Wülfing
Redaktion: Mandy Wagner
Fotos: Barbara Frommann, Foto & Style

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design
Layout und Satz: Fabian Ewert Design
Druck: MediaCologne Kommunikationsmedien GmbH, Hürth
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, Februar 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung
des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert
durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nord-
rhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Erstes Netzwerktreffen
deutscher Kommunen mit
Partnerschaften in Nordafrika
7. und 8. November 2011

Dokumentation

Inhalt

Vorwort	5
1. Begrüßung und Einführung	6
2. Informationen zur Situation der Kommunen in Nordafrika	11
2.1 Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Kommunen in Tunesien	11
2.2 Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Gemeinden in Marokko und Ägypten	16
3. Plenumsdiskussion mit allen Referenten	22
4. Empfang im Rathaus der Stadt Köln	26
5. World Café zum Austausch von Erfahrungen in drei Schwerpunktthemen	28
5.1 Tisch 1: Was sind die Rollen der deutschen und nordafrikanischen Kommunen in der Partnerschaftsarbeit?	28
5.2 Tisch 2: Wer sind die Partner der deutschen Kommunen in Deutschland und in Nordafrika?	31
5.3 Tisch 3: Welches sind die derzeitigen und zukünftigen Themen einer Partnerschaftsarbeit?	34
6. Diskussion zentraler Fragen aus den World Café Runden	37
7. Vorschläge zu Themen und weiterer Arbeit des Netzwerkes	40
8. Abschluss und Ausblick durch die Veranstalter	42
Anhang	44
Programm	44
Teilnehmerliste	45
Beschluss des Deutschen Städtetages	46
Glossar	48
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	49

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Dokumentation beschreibt nicht nur die Inhalte des ersten Netzwerktreffens deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika - sie ist damit gleichzeitig Ausdruck des Geschichte schreibenden politischen Umbruchs in Nordafrika.

Die „Jasmin Revolution“ in Tunesien und die Proteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo vor einem Jahr waren für viele Menschen eine bewegende Erfahrung: Sie haben eine Brücke hin zu einer demokratischen Gesellschaft betreten, die sie nun nicht mehr verlassen wollen. Es geht um die große Herausforderung, nach Jahrzehnten der Diktatur eine demokratische Kultur aufzubauen und nachhaltig vor Ort zu gestalten: Politische Parteien, Wahlen, Pressefreiheit, eine unabhängige Justiz, Gewaltenteilung, Achtung der Menschenrechte und der Aufbau dezentraler Strukturen spielen dabei eine Rolle. Dabei ist praktischer Rat und konkrete Unterstützung gefragt. Neben finanzieller und technischer Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene tut sich hier ein großes Betätigungsfeld für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit auf. Demokratisch kontrollierte und bürgernahe Verwaltungsstrukturen, ein Bürgerhaushalt sowie planerische und technische Hilfe bei der Transportinfrastruktur und der Abfallbeseitigung sind hier nur einige Stichworte guter Praxis. Deutsche Kommunalexperten treten bereits in einen direkten fachlichen Austausch mit ihren Kollegen in Partnerstädten und führen gemeinsame Workshops und Trainings zu diesen Themen durch.

Acht Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten in Tunesien belegen seit Jahren eine intensive und erfolgreiche kommunale Zusammenarbeit. Hinzu kommen Partnerschaften zwischen Frankfurt, Stuttgart und Hildesheim mit ägyptischen Städten und Lich und Friedrichshafen mit Kontakten zu Kommunen in Marokko sowie weitere interessierte Städte wie Dortmund, Nürnberg, München und Bonn.

Erstmalig haben auf diesem ersten Netzwerktreffen in Köln die Vertreter und Vertreterinnen dieser Kommunen zusammen mit Gästen aus Tunesien, Marokko und Ägypten die aktuelle Situation der kommunalen Selbstverwaltung in diesen Ländern beleuchtet und in Plenumsdiskussionen und Workshops die möglichen Perspektiven einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit kritisch erörtert. Die persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind in dieser Form noch nie zusammengetragen worden. Daher haben wir uns bei der vorliegenden Dokumentation auch für eine ausführliche Darstellung entschieden.

Es geht uns darum, ein möglichst lebendiges und vielfältiges Städtenetz aufzubauen, das den interkommunalen Austausch von deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika fördert. Es soll als eine Plattform zum Dialog über die konkrete Partnerschaftsarbeit und als ein überregionales Lernnetzwerk dienen. Es wird vermutlich viele Jahre dauern, bis sich in den Städten Nordafrikas neue demokratische Strukturen etabliert haben. Welche Rolle dabei die deutschen Kommunen spielen können, gilt es auf dem nächsten Netzwerktreffen im April diesen Jahres weiter zu konkretisieren.

Bis dahin wünsche ich Ihnen vielfältige Anregungen bei der Lektüre dieser Dokumentation.

Ihre Anita Reddy



Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

1. Begrüßung und Einführung



Das erste Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika oder Interesse daran wird durch den **Moderator, Benno Trütken**, eröffnet. Er begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Netzwerktreffens im Spanischen Bau des Rathauses der Stadt Köln

und stellt das Programm und Ziele der Veranstaltung vor.

Das Netzwerk ist von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und dem Deutschen Städtetag auf Wunsch von deutschen Kommunen ins Leben gerufen worden. Hintergrund sind die **demokratischen Neuanfänge** in vielen Ländern Nordafrikas, die auch mit einer Stärkung der kommunalen Strukturen einhergehen sollten. Zahlreiche deutsche Kommunen haben den Wunsch geäußert, ihre nordafrikanischen Partnerstädte in ihrer demokratischen und kommunalen Entwicklung zu unterstützen. Das Netzwerk will den Kommunen als Dialogplattform und als überregionales Lernnetzwerk dienen.

Ziel der Auftaktveranstaltung des Netzwerkes ist es, die Voraussetzungen und Herausforderungen für die Partnerschaftsarbeit mit Kommunen und anderen Akteuren in Nordafrika zu diskutieren. Nach einer Einführung in die politische Situation und Impulsen von einigen nordafrikanischen Experten und Partnern, wird den Teilnehmenden ausreichend Raum zum Austausch gegeben.

Die Programmpunkte der zweitägigen Veranstaltung sind:

- Informationen zur aktuellen Situation der Kommunen Tunesiens, Marokkos und Ägyptens
- Austausch über Voraussetzungen und Herausforderung der Zusammenarbeit zwischen deutschen und nordafrikanischen Kommunen
- Definition der Eckpunkte der Arbeit des Netzwerkes

Frieder Wolf, Abteilungsleiter Büro für Internationale Angelegenheiten, Stadt Köln

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lasram, sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Stadt Köln darf ich Sie heute in Vertretung von Oberbürgermeister Jürgen Roters begrüßen. Als Leiter des Büros für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln war ich in den Vorbereitungsprozess der heutigen Auftaktveranstaltung dieses Netzwerkes involviert.



Ich freue mich besonders, dass Bürgermeister Lasram uns heute die Ehre seiner Anwesenheit gibt. Da in Köln auch der Sitz der deutsch-tunesischen Gesellschaft ist, lag die Gründung einer **Städtepartnerschaft Köln – Tunis** im Jahre 1964 nahe. Diese langjährige Partnerschaft hat durch die Ereignisse im Frühjahr 2011, den sogenannten „Arabischen Frühling“ oder auch „Jasmin Revolution“ genannt, eine Belebung erfahren, auf deren Grundlage jetzt eine intensivere partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich ist. Der Rat der Stadt Köln hat deshalb auch einen Beschluss gefasst, diese Partnerschaft auf verschiedenen Handlungsfeldern zu intensivieren.

Ich freue mich außerordentlich auf den Austausch mit Ihnen und den Input, der durch diese Veranstaltung ermöglicht wird und hoffe, dass das Ergebnis unseres Treffens die Früchte trägt, die wir uns alle wünschen. Zudem möchte ich den Veranstaltern dieses Netzwerktreffens für die sehr gute Zusammenarbeit danken: dem Deutschen Städtetag, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, GIZ.

Walter Leitermann, Abteilungsleiter Europa und Internationales, Deutscher Städtetag

Sehr geehrte Damen und Herren,

im März 2011 trafen wir uns in einer ersten Runde mit deutschen Kommunen, die eine Partnerschaft mit einer nordafrikanischen Stadt unterhalten. Wir waren uns einig, die **Jasmin Revolution** zu unterstützen, ohne uns aufzudrängen. Inzwischen sind die Dinge fortgeschritten: das libysche System ist gefallen, das syrische wackelt, in Tunesien haben nach dem Sturz Ben Alis die ersten wirklich freien Wahlen seit der Unabhängigkeit 1956 stattgefunden und in Ägypten stehen am 28. November 2011 Wahlen an.



Man kann wohl sagen, dass sich der arabische Frühling auf einem guten Weg befindet. Aber, wir wissen, auch mit dem Blick auf die europäische Geschichte, dass sich die Stimmung schnell ändern kann. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung ist hoch, sie fordert mehr Demokratie, mehr Mitspracherechte und politische Beteiligung. Das Volk ist ungeduldig – und wahrscheinlich auch mit Recht. Denn zu lange musste es auf zu vieles verzichten bzw. hatte es zu lange zu viel vom Falschen.

Wir können unseren arabischen Freunden sicherlich nicht sagen, wie sie ihren Weg gehen sollen, doch wir können Know-how vermitteln, solidarisch zur Seite stehen und Zuversicht schüren. Deshalb sind wir hier zusammengekommen.

Worauf kommt es jetzt an? Dazu möchte ich mich eines Bildes bedienen: Teile der arabischen Völker sind ihre Mietnomaden losgeworden und müssen ihre verkommenen Häuser jetzt sanieren. Die Tunesier haben bereits ihre Architekten - sprich die verfassungsgeben-

de Versammlung – bestimmt. Dabei geht es nicht nur um ein wenig Farbe, sondern um eine Sanierung von Grund auf. Damit die Bewohner sich wohlfühlen, muss, um bei diesem Bild zu bleiben, auch für Möbel gesorgt werden. Damit meine ich die Grundausrüstung an öffentlichen Serviceleistungen, bei uns Daseinsvorsorge. Das Modul für all diese Ausstattung heißt in unseren deutschen Kommunen **kommunale Selbstverwaltung**. Dies umfasst die Verankerung des demokratischen Prinzips auf lokaler Ebene, ist auch aktives Bürgerengagement und umfasst eine dezentrale Aufgabenübertragung. Die deutschen Kommunen haben dank unserer eigenen und der osteuropäischen Geschichte Übung in der Organisation solcher Systeme und können deshalb Angebote zur Unterstützung und Kooperation unterbreiten.

Der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2011, der Algerier **Boualem Sansal**, hat kürzlich eine Mahnung ausgesprochen: “Wenn die arabischen Revolutionen scheitern, wird der ganze Süden, der Maghreb, die Sahelzone, der Nahe und Mittlere Osten zu einem neuen Irak, einem neuen Afghanistan, einem neuen Somalia werden. Diesen Revolutionen zum Erfolg zu verhelfen ist Sache aller, der Völker des Südens in erster Linie aber gleichermaßen auch der demokratischen und entwickelten Welt.“

Dieser letzte Halbsatz spricht uns an, wir, die deutschen Kommunen sind bereit, unseren Teil zum Gelingen des mutigen Neubeginns der arabischen Bürger und Bürgerinnen zu leisten. Wir wollen uns engagieren und unsere Partner unterstützen.

Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Sehr geehrter Herr Lasram,
sehr geehrter Herr Wolf,
sehr geehrter Herr Leitermann,
sehr geehrter Herr Hammami,
sehr geehrter Herr Souafi,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, heute zu Gast in Köln sein zu dürfen. Einer multikulturellen Stadt, die mit Abstand die meisten deutschen Partnerschaften zu anderen Städten in der Welt pflegt. Gerade ist mit Rio die 22ste internationale hinzugekommen. Vor dem Hintergrund des **20jährigen**



Jahrestages des Erdgipfels im nächsten Jahr, bietet das einen hervorragenden Ansatzpunkt zu einer kritischen Reflektion der damals verkündeten Nachhaltigkeitsbestrebungen und der Frage, wie in den nächsten Jahren zumindest noch einige der Ziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen erreicht werden können. Köln kann und sollte im nächsten Jahr zum Zentrum einer solch notwendigen Diskussion werden!

Doch bei unserem heutigen ersten Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika steht für Köln die Partnerschaft mit Tunis im Vordergrund. Bereits im März dieses Jahres trafen sich auf Vorschlag der Stadt Köln Vertreter aus Städten mit Partnerschaften zu tunesischen Städten, um ein Städtenetzwerk ins Leben zu rufen. Ziel war es, die noch junge Demokratie in Tunesien nach besten Kräften zu stärken. Schon im Rahmen dieses Treffens wurde vorgeschlagen, das Netzwerk auf andere Länder Nordafrikas auszudehnen.

Insgesamt **acht Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten aus Tunesien** gibt es mittlerweile

le, hinzukommen Partnerschaften zwischen Frankfurt, Stuttgart und Hildesheim, die Verbindungen mit ägyptischen Städten haben und Lich und Friedrichshafen mit Kommunen aus Marokko. Ich freue mich sehr, dass heute Vertreterinnen und Vertreter aus fast allen diesen Städten anwesend sind und wir zudem auch Städte begrüßen dürfen, die noch in der Vorbereitung oder Anbahnung einer solchen Partnerschaft sind. Jetzt geht es darum, sich als deutsche Kommunen auszutauschen und zu verständigen, wie denn eine sinnvolle Unterstützung auf dem Weg zu neuen Demokratien in Nordafrika praktisch aussehen kann.

Meine Damen und Herren, in den Ländern Nordafrikas wird gerade Weltgeschichte geschrieben. Die Menschen in Ägypten, Libyen und Tunesien haben ihre Herrscher und Diktatoren vertrieben und sind auf dem Weg in eine eigen bestimmte demokratische Zukunft. Die mannigfaltigen Ursachen, die gerade die arabische Jugend in den Aufstand getrieben haben, sind von Experten und Journalisten zur Genüge aufgezählt worden: politische Bevormundung; Armut, Teuerung und Arbeitslosigkeit; Korruption und Nepotismus; Repression, Bespitzelung und Willkür der Sicherheitsdienste. Diese Übel führten zu einer systematischen, alltäglichen Entwürdigung des Bürgers. Dagegen setzen die arabischen Revolutionäre die Losung **«Karama»**, Würde. Dieser Begriff umfasst all das, was verloren war und wieder gewonnen werden muss. Die Menschen fordern ihre **Würde als Bürger** zurück. Dies wird in Zukunft auch ihre Beziehung zum Westen stärker als bisher prägen: Bürgerrechte, freie Wahlen, demokratische Parlamente, eine unabhängige Presse und transparente Verwaltungsstrukturen stehen nun auf der Tagesordnung.

Doch für viele Menschen in Nordafrika sind Demokratie und Menschenrechte kaum mehr als Utopien, theoretische Gegenstücke zur bisherigen und noch gegenwärtigen bedrückenden Lage. Wie solche Konzepte in die politische Praxis umgesetzt werden, muss sich erst noch weisen. Dem Neuaufbruch in den nordafrikanischen Ländern fehlen auch noch genauere Vorstellungen, was denn politisch und ökonomisch erreicht

werden sollte. Es ist durchaus noch nicht klar, welches Modell von Demokratie und Wirtschaftsweise sich durchsetzen wird.

Eins aber ist klar: Der arabische Frühling ist ein **liberitäres Signal an alle Völker der Erde**, das einmal Gegebene nicht einfach zu akzeptieren, sondern die gemeinsame Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen. Eine Haltung wie „man kann ja doch nichts tun“ verliert immer mehr an Gewicht. Die Jugendlichen in den westlichen Demokratien haben diesen Geist nun aufgegriffen und demonstrieren friedlich als **Occupy-Bewegung** mit dem symbolischen Bezug zum Tahrir-Platz in Kairo gegen die ökonomische und politische Abhängigkeit von Banken und Finanzspekulant. Das ist gut so und beweist, wie viel wir selbst als Demokraten noch lernen können.

Doch welche Rolle können deutsche Kommunen und ihre Partnerschaften spielen, welchen Mehrwert können sie einbringen und welche Versprechen auch nachhaltig einhalten? Und, ganz wichtig: **Welche Organisationen und Strukturen** sind die richtigen Partner? Mit diesen Fragen wollen wir uns heute und morgen beschäftigen.

Grundsätzlich gilt dabei: Eine Partnerschaft basiert auf Vertrauen, Achtung und Würde und gegenseitiger Hilfe in der Not. Daran wird man erst einmal gemessen, wenn man glaubhaft sein will. Ein gutes aktuelles Beispiel ist die Stadt Mannheim: Der Stadtrat hat einen Aufruf an den Bundesinnenminister gerichtet, sich am Flüchtlingsaufnahmeprogramm der Vereinten Nationen zu beteiligen. Darüber hinaus ist die Stadt aber auch selbst bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, um die Not von tausenden gestrandeter Menschen zu lindern, die zwischen die Fronten der arabischen Revolution geraten sind und nun dicht hinter den Grenzen zu Tunesien und Ägypten in der Wüste in provisorischen Zeltlagern ohne medizinische Hilfe festsitzen. Mannheim fordert die dauerhafte Aufnahme eines Kontingents von Flüchtlingen in Deutschland. Im Rahmen einer von Pro Asyl, Menschenrechtsorganisationen und

Kirchen getragenen „**Save me**“-Kampagne haben sich nun mehr als 40 Städte und Gemeinden zur Flüchtlingsaufnahme bereit erklärt und drängen die Bundesregierung, auch den Opfern der libyschen Gewaltherrschaft zu helfen. Das ist hervorragend und zeigt, dass Hilfe und Solidarität mehr sind als reine Lippenbekenntnisse.



Meine Damen und Herren, neben der dringend wichtigen humanitären Hilfe können sich deutsche Kommunen aber auch auf anderen **Handlungsfeldern der Stadtentwicklung** einbringen. Der Aufbau von demokratisch kontrollierten und bürgernahen Verwaltungsstrukturen,

ein Bürgerhaushalt sowie planerische und technische Hilfe bei der Transportinfrastruktur und der Abfallbeseitigung sind hier einige Stichpunkte. Deutsche Kommunalexperten können in den direkten fachlichen Austausch mit ihren Kollegen in den Partnerstädten treten und gemeinsame Workshops und Trainings durchführen.

Die Stadt kann mit den jeweiligen Migrantenselbsthilfeorganisationen, Städtepartnerschaftsvereinen und entwicklungspolitischen Gruppen und auch der lokalen Wirtschaft in ihrer Kommune in den Austausch treten und sie einbeziehen. Hier schlummern noch enorme Potenziale und warten große Innovationschancen.

Meine Damen und Herren, aufbauend auf dem geäußerten Interesse der deutschen Kommunen möchten die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Deutsche Städtetag in Kooperation mit der GIZ helfen, ein möglichst lebendiges und vielfältiges **Städtenetz** aufzubauen, das den interkommunalen Austausch von deutschen Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika fördert. Das Netzwerk soll den Kommunen als eine **Plattform zum Dialog** über die konkrete Partnerschaftsarbeit und als ein überregionales **Lernnetzwerk** dienen.

Darüber hinaus sollen Bezüge zu bestehenden kommunalen Projekten der deutschen internationalen Zusammenarbeit des BMZ, des AA und weiterer deutscher Akteure in der Region hergestellt werden, um interessierten Kommunen einen Zugang zu diesen Projekten zu ermöglichen und von den Lernerfahrungen dieser Projekte breiter zu profitieren.

Insbesondere ist eine Kooperation mit dem CoMun Projekt der GIZ angestrebt, das in allen Maghreb Ländern aktiv ist. Bei diesem Vorhaben geht es um den Aufbau eines regionalen Lernnetzwerkes zwischen Kommunen aus Algerien, Marokko und Tunesien.

Durch organisierten Erfahrungsaustausch über aktuelle Schlüsselthemen der Kommunal- und Stadtentwicklung sollen kommunale Strukturen im Maghreb gestärkt werden. Das Programm fördert außerdem Projektpartnerschaften zwischen maghrebischen Städten und europäischen, insbesondere deutschen Kommunen.

Hier zeigt sich eine Verbindung zu diesem Netzwerk deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika und zu unserem heutigen Netzwerktreffen. Neben dem Austausch der kommunalen Akteure, verfolgt dieses Treffen auch die Ziele, die Eckpunkte der künftigen Netzwerkarbeit, die Themen und die Frequenz für zukünftige Zusammenkünfte und mögliche weitere Aktivitäten festzulegen.

Sie sehen, wir haben uns viel vorgenommen und wollen es möglichst gut geplant mit Verantwortung, interkulturellem Verständnis und Achtung der Würde der Menschen in Nordafrika angehen.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Treffen einen guten Verlauf!

--

Moderator Benno Trütken dankt für die einleitenden Vorträge. Bevor die Informationsrunde zur Lage der Kommunen in Nordafrika beginnt, fragt der Moderator in die Runde der Vertreter der deutschen Kommunen, wer schon eine Städte- oder Projektpartnerschaft mit einer nordafrikanischen Kommune unterhält und wer sich künftig hier engagieren möchte.

Wer steht, macht mit - Die Mehrheit der anwesenden deutschen Kommunalvertreter ist schon städtepartnerschaftlich mit Nordafrika verbunden, eine kleinere Gruppe kommunaler Vertreter hat aktuell noch keine Partnerschaft, ist aber daran interessiert.



2. Informationen zur Situation der Kommunen in Nordafrika

Im Frühjahr 2011 begannen in vielen arabischen Staaten umwälzende, politische Ereignisse, die eine Neuorientierung sowohl in den Ländern selbst als auch in den mit ihnen partnerschaftlich verbundenen Staaten bedingten. Die Referenten geben im Folgenden einen aktuellen Ein- und Überblick zur Situation der Kommunen in Tunesien, Marokko und Ägypten, sowie zur Lage im gesamten nordafrikanischen Raum.

2.1 Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Kommunen in Tunesien

Tunesien kommt im Rahmen der ‚Jasmin Revolution‘ eine Vorreiterrolle zu: hier geschah im Januar 2011 die erste Erhebung eines arabischen Volkes gegen sein Regime. Mohammed Saifallah Lasram kann als Bürgermeister der tunesischen Hauptstadt nicht nur von den revolutionären Geschehen, sondern auch von der erfolgreichen, ersten demokratischen Wahl des Landes und den Bedarfen des tunesischen Volkes berichten.

Mohamed Saifallah Lasram, Bürgermeister von Tunis und Präsident der Vereinigung tunesischer Kommunen: Die aktuelle Lage tunesischer Städte und Gemeinden

Mohamed Saifallah Lasram dankt dem Oberbürgermeister der Stadt Köln, Jürgen Roters, und den Veranstaltern dieses ersten Netzwerktreffens deutscher und nordafrikanischer Kommunen. Er begrüßt die Initiative, die der Deutsche Städtetag und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ergriffen haben ausdrücklich, um dieses Netzwerk ins Leben zu rufen. Er beginnt, einen kurzen Einblick in die ak-



tuelle Situation der tunesischen Kommunen zu geben. „Die Lage der tunesischen Städte und Gemeinden ist außergewöhnlich und schwierig zugleich. Die ‚Jasmin Revolution‘ oder auch ‚**Revolution der Würde**‘ im Frühjahr 2011 ging spontan vom Volk aus und wurde keineswegs ideologisch begleitet. Sie ist als Auflehnung gegen das Regime zu verstehen, ein Regime, das grundlegendste Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit mit den Füßen getreten hat. Die Revolution vom 14. Januar 2011 hat zu den Ereignissen geführt, die Sie sicherlich mitverfolgt haben: Der Sturz des damaligen Regimes und das Verschwinden der dominanten Parteien verliefen nicht ohne Gewalt und den Verlust von Menschenleben. Doch das Land hat widerstanden ohne zu zerfallen, denn in der Bevölkerung herrschte und herrscht ein großes **republikanisches Verantwortungsbewusstsein**. So fand denn auch die Wahl vom 23. Oktober 2011 in Transparenz und Freiheit statt, wie auch unabhängige Wahlbeobachter bestätigten. Diese Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung soll zu einer wahrhaftigen Freiheit Tunesiens führen.

Nun zu den Sorgen und Problemen der tunesischen Städte, die aus dem Auf- und Umbruch der Revolution der Würde resultieren: Institutionell gesehen hat die Regierung beschlossen, die Gemeinde- und Stadträte Tunesiens im Februar 2011 aufzulösen und damit dem Verlangen des tunesischen Volkes nach einem Personalwechsel im Sinne des laut geforderten ‚dé-

gage!' (franz.: verschwindet!) nachzukommen. Es wurden **Sonderdelegationen** eingesetzt, die die kommunale Arbeit übernommen haben. Sie sind für ein Jahr tätig, danach sollen transparente, kommunale Wahlen stattfinden.

Die tunesischen Kommunalverwaltungen sehen sich seit Beginn des Jahres **strukturellen und konjunkturellen Problemen** gegenüber. Die strukturellen Probleme betreffen sowohl einen Mangel an lokaler, demokratischer Verwaltung, als auch den fehlenden partizipatorischen Ansatz - doch dieser Wandel muss jetzt vollzogen werden.

Ein weiteres strukturelles Problem stellt die Organisation der Wahl dar, doch dies scheint einfach zu bewältigen zu sein, wenn ich die vergangenen Wahlen in Tunesien betrachte. Um die Bereiche Bildung und Schaffung eines demokratischen Bewusstseins voranzutreiben, wird jahrelange Arbeit nötig sein, die jedoch unabdingbar für die Etablierung lokaler Demokratie ist.

Neben diesen großen strukturellen Problemen gibt es zudem konjunkturelle Probleme: Die Städte und Gemeinden wurden in der Zeit der Revolution zerstört, jetzt müssen sie wiederaufgebaut werden. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass die finanziellen Ressourcen der Kommunen aufgrund der geringeren Steuereinnahmen in den vergangenen Monaten stark eingebrochen sind.

Kommen wir zu den dringendsten **Forderungen der tunesischen Bevölkerung**: das Volk will vor allem eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und Hilfe bei der Wohnungssituation; gerade große Gemeinden stehen hier unter Druck. Ein weiteres wesentliches Anliegen ist die gerechte Verteilung der Haushaltsmittel und zwar sowohl in den Kommunen als auch innerhalb der tunesischen Regionen.

Für die Lösung unserer Probleme sind gerade deutsche Städte mit ihrem fundierten Wissen und ihrer

jahrzehntelangen Erfahrung die geeigneten Partner. Gerade für die Lösung struktureller Herausforderungen wissen sie, welche Instrumente und Strukturen erforderlich sind. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass die tunesischen Städte und Gemeinden in den deutschen Kommunen jetzt und künftig wahrhaftige Unterstützung finden – das heutige Netzwerktreffen ist ein Ausdruck ihrer wahrhaften Unterstützung! Ich danke Ihnen im Namen der Städte und Gemeinden Tunesiens für Ihr Engagement!“

Fragerunde



Dr. Norbert Schürgers, Stadt Nürnberg, eröffnet die Fragerunde: „Wie könnte die deutsch-tunesische Städtepartnerschaft konkret inhaltlich ausgestaltet sein?“

Frieder Wolf, Stadt Köln, konstatiert und fragt: „Eine konjunkturelle Unterstützung ist von deutscher Seite nicht zu leisten. Hingegen ist **eine strukturelle Unterstützung**, vor allem bei der Entwicklung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen, durchaus machbar. Wo sehen Sie konkreten Unterstützungsbedarf bei den von Ihnen erwähnten strukturellen Problemen?“

Walter Leitermann, Deutscher Städtetag, will eine grundsätzliche Frage erörtern: „Die Verfassung, die jetzt durch die verfassungsgebende Versammlung ausgearbeitet wird, legt die Grundarchitektur des neuen tunesischen Staates fest. Die Erfahrung zeigt, dass es für die Kommunen besonders wichtig ist, wenn gewisse Grundrichtungen - wie beispielsweise das Recht

auf kommunale Selbstverwaltung oder eine gewisse Finanzautonomie - in der Verfassung festgelegt sind. Haben die Kommunen eine Stimme in der verfassungsgebenden Versammlung, die ihnen für ihre Alltagsarbeit nützlich sind?“

Bürgermeister Mohamed Saifallah Lasram beantwortet die an ihn gerichteten Fragen: „Ich habe vor allem hinsichtlich des Informationsflusses an das deutsche Modell gedacht, wir brauchen genau einen solchen Rahmen auch bei uns. Die Praxis in den tunesischen Kommunen sah bis vor kurzem lediglich Ernennungen durch den Gemeinderat vor, doch eben diese Vorgehensweise funktioniert nicht mehr. Jetzt aber geht es nicht nur um einen Ideenaustausch sondern vor allem darum, was die Bürgerinnen und Bürger wollen. Das System kann in großen Städten als „Gemeindecharta“ umgesetzt werden, die folgend auch in die kleinen Gemeinden reichen soll.



Zur Frage des Austauschs: das tunesische Volk hat gerade in den letzten Monaten das dringende Bedürfnis nach **Abkehr vom Zentralismus** und hin zur **Regionalisierung** geäußert. Es gibt viele vernachlässigte Regionen, die sich im Landesinnern befinden; hingegen wurden die Küstenregionen bei der Verteilung des nationalen Reichtums ungleich mehr bedacht. Das Bedürfnis nach Regionalisierung und einer gerechten Verteilung der staatlichen Finanzen dokumentiert, dass die Gemeinderäte die Verantwortung erhalten sollten, die sie für eine gerechte Entwicklung brauchen. Viele Parteien haben zudem vor den Wahlen die Dezentralisierung in ihre Parteipro-

gramme mitaufgenommen. Ich bin sicher, dass dies in naher Zukunft ein wichtiges Thema in Tunesien sein wird.“

Mohktar Hammami, Abteilungsleiter für Dezentralisierung im Innenministerium in Tunesien: Die Aufgaben der lokalen Gebietskörperschaften

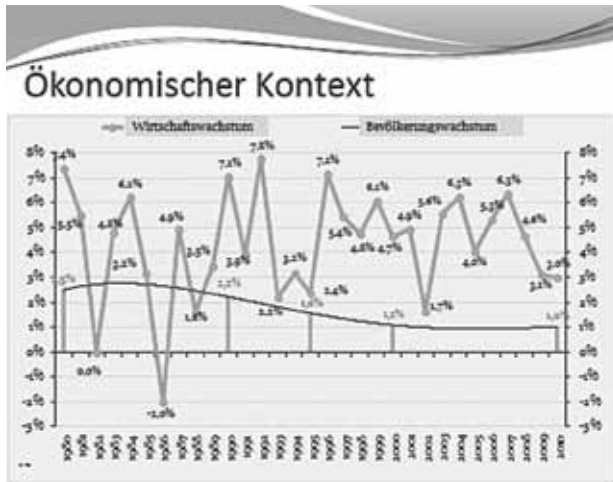


Einführend weist Mohktar Hammami auf seinen von Tinte **geschwärzten Finger** hin: Dieser ist ein Beleg für die Transparenz der erst kürzlich vergangenen Wahlen in Tunesien. So wurde jeder Wähler gekennzeichnet, damit ein zweites Wählen unmöglich war. Er beginnt seinen Vortrag über die Aufgaben der lokalen Gebietskörperschaften Tunesiens:

„Den **Kommunen Tunesiens** wird auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen **mehr Bedeutung** beigemessen. Kommunale Regierungsführung muss, vor allem im Zusammenhang mit der Regionalisierung, bürgernäher und effizienter gestaltet werden. Doch die Lage in unserem Land ist zurzeit nicht vergleichbar mit anderen internationalen Gegebenheiten, weil wir uns in einer Umsetzungsphase der Demokratie befinden.

Deshalb stellen sich drängende **Fragen**: Welche Rolle sollen die Kommunen in Tunesien künftig haben? Welche Praktiken des Verwaltungshandelns kann man in einer Gesellschaft, die sich im Wandel befindet, umsetzen? Genau hier sind internationale Partnerschaften

ten sehr wichtig, denn sie ermöglichen einen weltweiten Lernprozess.



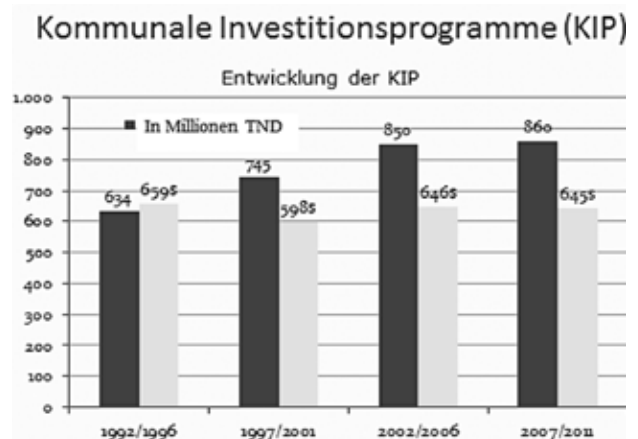
Präsentation Mohktar Hammami, Folie 4

Zu den aktuellen Rahmenbedingungen in Tunesien: Das Wirtschaftswachstum ist seit Jahrzehnten mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 5% pro Jahr (obere Linie) kontinuierlich gestiegen, zugleich sank die demographische Entwicklung (untere Linie) leicht. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf kann das verbesserte Lebensniveau belegen: noch 1990 waren es 2000 US-Dollar, 2010 ist es verdoppelt. Gleichzeitig konnte die Armut erheblich verringert werden: von 21,9% in 1975 auf 3,8% im Jahr 2005, so das Ergebnis des letzten Zensus. Trotz dieser positiven Indikatoren befinden wir uns heute in einer problematischen Situation.

Warum ist dies so? Die Betrachtung der **Arbeitslosigkeit** in Tunesien zeigt die Ursache. Landesweit liegt die Arbeitslosigkeit bei 14%. Doch in 55 kommunalen Regionen Tunesiens an der Küste liegt die Arbeitslosigkeit unter 10% - in 56 Regionen im Landesinnern hingegen liegt die Quote ungleich höher, zwischen 20% und 50%. Hier also konzentriert sich die Arbeitslosigkeit. Diese erheblichen **Unterschiede zwischen den Regionen** verursachen Spannungen. Wenngleich das System zwar viel Reichtum geschaffen hatte, so wurde doch dieser Reichtum nicht adäquat und gleichmäßig im Land verteilt.

In den Küstenregionen wird 75% des Volksvermögens erwirtschaftet, dort befinden sich die Industriezentren, die Technologieparks, der Tourismus, die Flughäfen... Doch andere Gegenden haben vom nationalen Reichtum in keiner Weise profitiert. Das System basierte von Beginn an auf der Disparität der Regionen. Zudem gab es für die Zivilgesellschaft keine Möglichkeit sich mitzuteilen. Wir können festhalten: **Ungleichheit** und **mangelnde Bürgerbeteiligung** machten die Revolution so erfolgreich.

Ich möchte eine kurze **Bilanz** der Kommunalentwicklung präsentieren: In den 90er Jahren gab es eine kommunale Finanzreform, die auch ihren Ausdruck in einer verbesserten Stadtplanung fand. Hier wurde das Investitionsprogramm **PIC (Projets d'investissements communaux)** eingesetzt, das den Kommunen Transparenz bei der Auswahl der Finanzierungsquellen und, wenngleich in bescheidenem Umfang, auch eigene Möglichkeiten zur Bewirtschaftung ermöglichte. PIC setzt sich aus einem kommunalen Eigenanteil und den Förderdarlehen der nationalen Ebene zusammen. Auch derzeit wird eine Vielzahl von Stadtentwicklungsprojekten durch PIC umgesetzt, wie die nachfolgende Grafik zeigt:



Präsentation Mohktar Hammami, Folie 15

Hier sehen Sie, wie sich die Finanzierung der Kommunen verändert hat: wenngleich die Zahlen keine enorme Steigerung belegen, müssen wir die zeitgleiche starke Inflation des tunesischen Dinars bedenken. PIC bot zwar eine Antwort auf Finanzierungsfragen.



gen, doch es verschärfte zugleich die Disparität. Die unterschiedlichen nationalen Planungen für die Regionen können verantwortlich sein, zudem sind die Kommunen in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit oder Bildung kaum in die nationale Planung involviert.

Ein weiteres Problem wird durch die mangelnde intrakommunale Zusammenarbeit verursacht. Die **Verschuldung** der kommunalen Haushalte ist ebenso problematisch, fehlendes kommunales Schuldenmanagement trägt zur Verschärfung der Lage bei. So werden aktuell zwischen 30% und 40% der kommunalen Einnahmen für die Tilgung der Schulden verwendet und 15% der tunesischen Kommunen sind völlig verschuldet.

Was sind die großen **institutionellen Herausforderungen** Tunesiens? Wir müssen die Voraussetzungen für den Aufbau eines demokratischen Kommunalwesens schaffen. Für die Bürgerinnen und Bürger müssen wir einen Lebensrahmen mit den Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge schaffen. Dies soll nachhaltig geschehen, sowohl mit Blick auf die Verwaltung selbst als auch für die allgemeine Demokratisierung. Kommunalwahlen müssen abgehalten und die Instanzen für eine kommunale Regierungsführung eingeführt werden.

Dabei gilt es, die Belange der tunesischen **Jugend** und die der **Frauen** verstärkt zu beachten. In diesem Bereich können wir ein erstes Ergebnis vorweisen: Die

Parteien waren bei den letzten Wahlen gefordert, 50% weibliche Kandidaten zu nominieren – und dies wurde erfolgreich realisiert.

Was sind die **Perspektiven** einer deutsch-tunesischen kommunalen Zusammenarbeit? Wir sind an Ihrem Know-how in den Bereichen der kommunalen Selbstverwaltung und der Mobilisierung von finanziellen und personellen Ressourcen interessiert. Konkret handelt es sich um die Bereiche:

- Umweltschutz / Gewässer- und Küstenschutz
- Verkehrsplanung in großen Städten
- Interkommunale Partnerschaft
- Gebietsreform
- Fusion von Verwaltungsstrukturen
- Strategische Kommunalplanung
- Umsetzung von Vorhaben
- Machbarkeitsstudien
- Energiewirtschaft
- Ressourcenmanagement
- Abfallwirtschaft
- Denkmalschutz

Unsere Rolle als Fortbildungszentrum für Kommunalbelange ist es dabei, die Bevölkerung mit den verschiedenen Themen der Demokratisierung vertraut zu machen. Wir arbeiten hieran in allen Regionen Tunesiens, insbesondere in den zuvor vernachlässigten Regionen. Wir haben großes Interesse an **projektbasierten**

Partnerschaften, die auf der Vision von Bürgerbeteiligung beruhen und die auf dem Know-how basieren, das uns die deutschen Städte zur Verfügung stellen könnten. Dabei wäre es wünschenswert, wenn alle Maghrebländer, insbesondere auch Libyen mit eingebunden werden könnten. Ein **internationaler Austausch** wäre sehr fruchtbar für uns alle!“

Fragerunde

Die kurze anschließende Fragerunde beginnt **Christiane Sticher**, Stadt Dortmund: „Die verfassungsgebende Versammlung will auch die politische Mitwirkung der Regionen regeln – inwiefern soll auch die **kommunale Selbstverwaltung** der Kommunen festgelegt werden?“



Frieder Wolf, Stadt Köln: „Wann werden nach Ihrer Einschätzung die nächsten Wahlen stattfinden? Und wie bildet sich die **politische Repräsentation** in den Städten ab? Gibt es so etwas wie kommissarische Räte, wenn ja, wie haben sie ihr Mandat erhalten?“

Mohktar Hammami geht zunächst auf die zweite Frage ein: „Wir haben auf der Grundlage von zuvor festgelegten Kriterien apolitische Personen aus den Bereichen Bildung und Kultur in Datenbanken gesucht und diese konsensual berufen. Diese **Sonderkommissionen** verwalten für ein Jahr die kommunalen Belange und werden auch die Kommunalwahlen vorbereiten. Wann genau diese Wahlen stattfinden, kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Wir versuchen jetzt einen stabilen Kontext zu konstituieren, um so eventuelle Fehler zu vermeiden.“

Die Frage der **Region** ist ein grundlegender Aspekt für die **verfassungsgebende Versammlung**, denn noch

sind nicht alle Regionen kommunalisiert – etwa 40% der tunesischen Bevölkerung wird von ruralen Räten geführt. Wie also können wir diese ruralen Gemeinden in das kommunale System integrieren? Dazu müssen wir beginnen, in Agglomerationsstrukturen zu denken, denn es ist klar, dass auch die ländlichen Gemeinden vertreten und finanziell ausgestattet werden müssen.“

2.2 Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Gemeinden in Marokko und Ägypten

Die Situation in Marokko gestaltet sich anders als in den vielen anderen nordafrikanischen Staaten; hier gab es im Frühjahr 2011 keine Revolution. Mohammed Souafi gibt im Folgenden einen Einblick in die Strukturen und in die aktuelle Situation der marokkanischen Kommunen, ebenso wie in die Genese des langjährigen Reformprozesses in Marokko.

Mohammed Souafi, Mitglied der königlichen Regionalisierungskommission, Marokko: Das Projekt der fortgeschrittenen Regionalisierung in Marokko



Mohammed Souafi stellt das Projekt der fortgeschrittenen Regionalisierung in Marokko vor: „Bei der Gestaltung eines Staates ist die **Machtaufteilung** zwischen Zentralstaat und Regionen eine grundsätzliche Frage. In Marokko wurden schon lange vor dem arabischen Frühling der Ansatz der Regionalisierung eingeleitet: Im Januar 2010 wurde die königliche Regionalisierungskommission auf Betreiben von König Mohammed VI. eingesetzt. Ziel war und ist es, herauszufinden, wie wir

Machtverteilung, Zuständigkeiten und Finanzressourcen in unserem Land besser organisieren können.

Wenngleich es schon seit 1976 diesen Prozess der Regionalisierung in Marokko gibt, gelangten wir erst 1995/6 zu Regionen, denn der Prozess ging sehr kleinteilig voran. Bei jeder der **Einzelreformen** hatten wir neue Verwaltungsebenen etabliert, das Management des ganzen Gefüges wurde zunehmend schwieriger. Hinzu kamen neue Herausforderungen für Marokko im gesellschaftlichen Miteinander, bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem Bestreben nach Demokratisierung. Dazu musste der Staat völlig neu aufgestellt werden. Hier stellte sich die Frage, ob viele der Probleme mit einer bürgernahen Verwaltungsreform gelöst werden können.

Marokko besteht aus vier verschiedenen **Verwaltungsebenen**: dem Zentralstaat, den Regionen, den Provinzen und den Gemeinden, Vorbild war das französische System. Es gibt 16 Regionen, 83 Provinzen und 1503 Gemeinden in Marokko. Diese Verwaltungsstruktur kostet uns 25% aller Staatsausgaben und 12% der Staatseinnahmen. Hieran erkennen Sie, wie weit der emanzipatorische Rahmen fortgeschritten ist. Allerdings entspricht die verwaltungstechnische Legitimität nicht zwingend der politischen. Die staatlichen Behörden mussten eine Reihe von **neuen Problemen** bewältigen: die Raumordnung, das demographische Wachstum, die Anpassung der Infrastruktureinrich-

tungen, die Vorwegnahme der Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge, die Optimierung der Wirtschaftsstruktur und die Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung, denn 92% des marokkanischen Staatsgebietes liegen in Trockenzonen. Marokko produziert keine fossilen Brennstoffe, wir sind zu 97% von Energieeinfuhren abhängig. Der Großteil des Potenzials der erneuerbaren Energien bleibt bislang noch ungenutzt – in diesem Bereich sollen künftig vor allem die kommunalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle spielen.

Die **Regionalisierung** soll einen Rahmen für die Bewältigung dieser Herausforderungen schaffen. Doch noch haben wir eine Top-down Organisation, die einer Reform bedarf. Allerdings gibt es auch jetzt schon Verwaltungsebenen, die eine relativ große Entscheidungsautonomie besitzen. Derzeit delegiert der Zentralstaat einen Teil seiner Aufsicht an die Regionen, Provinzen und Kommunen. So liegt die Verantwortung in der Tat bei den nachgeordneten Verwaltungsbehörden.

Wir wollen diese repräsentative Demokratie mit einer **Bürgerbeteiligung** in der Kommission kombinieren. Die Bevölkerung soll in Zukunft ein Petitions- oder Berufungsrecht haben, um ihre Anliegen gegenüber der Gemeinde oder Region zu artikulieren.

Die Zuständigkeiten der einzelnen Gebietskörperschaften unterlagen bisher dem Grundsatz der staatli-



chen Einheit, denn die Geschichte Marokkos bedingte diese zentralstaatliche Struktur. Ein Transfer von Zuständigkeiten kann nicht einseitig ablaufen – er kann nur unter der Maßgabe erfolgen, dass die Kapazitäten der nachgeordneten Gebietskörperschaften auch gegeben sind. Deshalb muss ein **flexibles Modell** entwickelt werden, um Zuständigkeiten auch arrhythmisch delegieren zu können.

Wir wurden sehr stark vom französischen Modell inspiriert, das nicht auf der Gleichheit der Kommunen basiert. Die Region wird künftig keine juristische Dominanz besitzen, aber eine administrative hinsichtlich der Bereiche Wirtschaft und Finanzen. Sie ist für die Raum- und Stadtentwicklung zuständig und kann deshalb verschiedene kommunale Projekte koordinieren.

In der Vergangenheit gab es viele Dysfunktionen finanzieller Art – jetzt müssen erhebliche Mittel für dieses neue Konzept freigemacht werden. Die Königliche Kommission fordert für zwei Aspekte Finanzmittel:

1. **Fonds für Humanentwicklung** – der auf zwölf Jahre angelegte Fonds wird Dienstleistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge, insbesondere Schulbildung und Infrastrukturen vor Ort, finanzieren.
2. **Fonds für nationale Solidarität** – bei diesem Entwicklungsfonds haben wir uns am deutschen Lastenausgleich orientiert.

Unsere Arbeit wurde sehr durch den arabischen Frühling inspiriert. Schon die **neue Verfassung** besagt, dass die Raumordnung Marokkos dezentral sein soll. Nun muss diese Dezentralisierung durch Gesetze umgesetzt werden, damit die Modernisierung unseres Landes voranschreitet.“

Wolfgang Mayer, Hauptkonservator der Stadt Stuttgart a.D. und ehemaliger Gastprofessor Universität Kairo sowie Leiter des Auslandsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung Kairo: Die Situation der Kommunen in Ägypten



Wolfgang Mayer weist einleitend auf den neuen **Masterstudiengang** der Universität Stuttgart über ökologischen Städtebau für die Mena-Region (MENA-Middle East and North Africa) hin, bei dem er mitwirkt. Er dankt insbesondere

den Teilnehmern der nordafrikanischen Staaten für ihr Kommen, die trotz der gleichzeitigen hohen Feiertage (6./7. November: Eid al-Adha, Opferfest) zu diesem Treffen gekommen sind. Wolfgang Mayer zeigt sich beeindruckt von dem, was Tunesien in der kurzen Zeit seit der Revolution Anfang dieses Jahres schon erreicht hat. Anschließend kommt er auf die Situation zu Ägypten zu sprechen, wo er lange gelebt und gearbeitet hat:

„Ich möchte die aktuelle Situation Ägyptens mit einem **Taxi-Bild** veranschaulichen: Das Land ist mit einem liegengebliebenen Taxi am Straßenrand vergleichbar: junge Revolutionäre versuchen, das Auto anzuschieben; am Steuer des Wagens sitzt der Militär, der bremst; vor dem Auto befinden sich Mubarak-Anhänger, die Hindernisse in den Weg legen und auf der Rückbank des Taxis sitzt das ägyptische Volk, das sich fragt, warum es nicht weitergeht.

Derzeit leben 85 Millionen Menschen in Ägypten, davon befinden sich etwa 20 Millionen in Kairo. Prognosen sehen ein Wachsen der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 auf 150 - 160 Millionen Menschen voraus. Die Menschen gehen jetzt vermehrt in die fruchtbaren Regionen Ägyptens, wie beispielsweise in die Oasen der libyschen Wüste bis nach Abu Simbel, in der Toshka Ebene. Hier, wie auch bei der Verbreiterung des Niltals,

sollen bis zum Jahr 2050 insgesamt **200 neue Städte** gegründet werden - Städte, in denen das Thema Bürgerbeteiligung gerade jetzt eine große Rolle spielt. Hier bietet die Hanns-Seidel-Stiftung mit großer finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes Programme zur Demokratieförderung an. Sie setzt ihren Schwerpunkt dabei auf den Bereich Dezentralisierung.

Ich möchte Ihnen einen kurzen Überblick über die Verwaltungsstruktur in Ägypten geben:



Präsentation Wolfgang Mayer, Folie 1

An der Spitze befindet sich das **Ministerium für lokale Verwaltung** („local Administration“), darunter folgt die Ebene der 28 **Gouvernorate** (große Regionen). Die Gouverneure dieser Gebiete sind vom Präsident ernannt. Dann folgt die Ebene der **„Markaz“** (Städte), mit vom Volk gewählten Vertretern, die „Local Public Councils“, hinzu kommen noch „Executive Councils“, mit ernannten Vertretern. Die unterste Ebene bilden die **„Mother Villages“** (Gemeinden bis 30.000 Einwohner). Auch hier gibt es gewählte „Local Public Councils“.

Welche Funktion übt wer aus und was geschieht bei einem Dissens? Der Gouverneur agiert im Rang eines Ministers und wird vom Präsident benannt. Der **Local Public Council (LPC)** ist ein gewähltes Parlament und muss sich zur Hälfte aus Arbeitern und Bauern zusammensetzen. Er ist für sechs Jahre gewählt und wählt jedes Jahr ein Mitglied des Parlaments als Sprecher. Entsprechend der Bevölkerungszahl der vertretenen Dörfer setzt sich der LPC mehrheitlich aus den so ge-

nannten **„Mother Villages“** zusammen, die zumeist aus drei bis fünf Dörfern bestehen. Im LPC werden Ausschüsse zu verschiedenen Themen gebildet. Der LPC verfasst jährlich einen Arbeitsbericht, mit allen vorgeschlagenen und umgesetzten Anträgen, der dem Gouverneur ausgehändigt wird.

Über das **„Executive Council“** werden Verstöße verfolgt. Sollten das LPC und das Executive Council (EC) zu einem Antrag oder Vorschlag keine Einigung erzielen, wird das Anliegen in der Hierarchie nach oben gegeben, bis eine Einigung erreicht wird. Sollte bei diesem „Durchlauf“ keine Einigung erzielt werden, gibt es eine Sitzung unter Leitung des Gouverneurs mit den EC Vertretern, den LPC Mitgliedern und externen Experten, bis eine Übereinkunft erzielt wird. Sollte auch hier keine Einigung gelingen, geht der Sachverhalt zum Ministerium für lokale Verwaltung.

Da bis zum 25. Januar 2011 99% der 53.000 gewählten Vertreter in den LPC Mubaraks Staatspartei NDP angehörten, gab es fast immer einen Konsens. Derzeit gibt es keine LPCs, sie wurden alle aufgelöst. Eine Neuregelung wird im Rahmen der Parlamentswahlen und der neuen Verfassung angestrebt.

Welche Entwicklung zu demokratischen Strukturen, verbunden mit einer Dezentralisierung in der Verwaltung muss eingeleitet werden?



Präsentation Wolfgang Mayer, Folie 4

Um demokratische Strukturen zu etablieren, die mit einer Dezentralisierung in der Verwaltung verbunden sind, muss die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt werden. Zu den Themen Dezentralisierung und Bürgerbeteiligung möchte ich Kofi Annan zitieren: „Es

gibt nur einen Weg zu erreichen, dass irgendeine Person irgendetwas tut: Sie dazu bringen, es zu wollen.“ Dies galt und gilt auch für das Engagement der politischen Stiftungen.

Der erste Schritt, um die Verantwortlichkeit von einer zentralen Staatsstruktur wie unter Mubarak in eine dezentrale Struktur zu verwandeln, ist es, dem Bürger **mehr Eigenverantwortung** zu geben. Doch bisher galt in Ägypten: Papa Staat wird es schon richten! Die damalige niedrige Wahlbeteiligung von maximal zehn Prozent belegt denn auch das geringe Interesse der Bevölkerung an Mitwirkung. Jetzt aber heißt das gemeinsame Ziel: **partizipatorische Demokratie!**

Wir wollen Bürgerbeteiligung, weil sie sachgerechte Entscheidungen gewährleistet und gesellschaftliche Prozesse verbessert. Es soll Vertrauen geschaffen werden, das Bürger motiviert und aktiviert. Nur so finden sich Antworten auf künftige Herausforderungen an Gesellschaft und Staat. Die grundlegenden **Bedingungen für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung** sind

- Dezentralisierung
- Subsidiarität
- Solidarität
- Transparenz
- Aufgeschlossenheit

In nächster Zeit werden in Ägypten Parlamentswahlen stattfinden, dann soll eine Verfassung als Referendum erarbeitet werden. Zudem sollen die Präsidentschaft und die Shorawahl (Oberhaus) stattfinden. Vor diesem Hintergrund ist mit **Kommunalwahlen** nicht vor Ende 2013 oder Anfang 2014 zu rechnen. Bis dahin werden die Kommunen durch die dezentrale Gouvernoratebene geführt, die Kommunen sind noch weitestgehend entmündigt.

Unsere Hoffnung ist es deshalb, mit dem eingangs erwähnten Masterstudiengang junge Menschen in Ägypten zu gewinnen, die die **Regionalentwicklung** ihres Landes kompetent und kritisch begleiten.“

Henner Kirchner, Projektleiter Internationale Handlungskompetenz/Nahost, Nordafrika, GIZ: Blick auf die Region Nordafrika

Mit einem breit angelegten Blick auf die Region erläutert Henner Kirchner folgende **Fragen**: „Was sind die Herausforderungen in der Region? Welche Initiativen sind bereits von deutscher und europäischer Seite auf den Weg gebracht worden? Welche Auswirkungen hat das für uns?“



Die historische Bedeutung der arabischen Revolution ist mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 vergleichbar. Dabei zeugt die unterschiedliche Namensgebung für die Ereignisse in diesem Frühjahr von den heterogenen Ursachen: die Auslöser sind höchst unterschiedlich, allein der Reformstau ist allen Ländern gemein. Deshalb gibt es **keinen synchronen Wandel** in der Region, es ist durchaus auch mit Rückschlägen und einer längeren Phase der Instabilität zu rechnen.

In Tunesien fanden die ersten freien Wahlen statt; in Ägypten haben noch keine Wahlen stattgefunden, dort wird der ehemalige Diktator vor Gericht gestellt; in Libyen konnte sich die Bevölkerung mit Hilfe der NATO von Gaddafi befreien, dort ist der weitere Weg offen; in Syrien wandelt sich die Situation gerade von einem Aufstand gegen das Regime zu einem Bürgerkrieg; im Jemen klammert sich Präsident Saleh an die Macht, die Opposition ist uneins. Bei der Betrachtung des Entwicklungsstrangs lässt sich feststellen, dass **Tunesien und Ägypten** aufgrund ihres Vorbildcharakters

eine **zentrale Rolle** spielen. Die Tunesier und Ägypter haben die These widerlegt, dass Demokratie von außen gebracht werden muss, der Wunsch nach Wandel kam aus der Mitte ihrer Gesellschaft.

Warum verläuft die **Entwicklung in der Region** so unterschiedlich? Hier sind geschichtliche Gründe zu nennen, auch die Rolle der Armee, wirtschaftliche Faktoren und die Nähe der staatlichen Strukturen an den Menschen. Drängende wirtschaftliche Probleme haben zu den Veränderungen beigetragen, diese Probleme müssen jetzt von den Nachfolgern der Potentaten bewältigt werden. Hinzu kommen Ressourcenprobleme in den Bereichen Wasser- und Energiewirtschaft, letztere birgt allerdings auch Chancen in sich.

Bei den Wahlen in Tunesien siegte die islamistisch geprägte Ennahda-Partei, auch in den anderen Staaten ist eine **Entwicklung zugunsten des politischen Islams** zu beobachten. Dies sollte als Ausdruck einer Situation des politischen Organisierens betrachtet werden, über 100 neue, politische Parteien versuchen sich derzeit in Tunesien zu organisieren, die Ennahda-Partei konnte auf schon bestehende Strukturen zurückgreifen. Wichtig ist dabei: Demokraten sollten demokratische Wahlergebnisse akzeptieren.

Welche **Konsequenzen** hat dies für uns, was sollten wir selber auf den Prüfstand stellen? Das erste große Thema für die europäische Außenpolitik ist die Flüchtlingsproblematik: Die europäische **Flüchtlingspolitik** kollabierte mit der arabischen Revolution. Auch die Rückwirkungen auf die deutsche Innenpolitik sind groß: denken wir nur an die Kopftuchdebatte; und nun haben wir die Bilder von Frauen mit Kopftuch vor Augen, die für Freiheit und Demokratie demonstrieren...

Beide Seiten, nördlich und südlich des Mittelmeers, haben eng miteinander verknüpfte **Zukunftsmöglichkeiten**. Die Partner sind von elementarer Bedeutung für die gegenseitige Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen. Gerade Ägypten und Tunesien sollten mit klaren politischen Signalen unterstützt wer-

den, denn diese Länder haben weit über ihre Grenzen hinaus Symbolkraft. Wichtig sind jetzt punktgenaue Initiativen, die deutliche Signale setzen und multipliziert werden können. Ebenso bedeutend sind der Ansatz der Dezentralisierung und die Beachtung des Rechtsstaatsvorbehalts bei Kooperationen.

Im BMZ wurden **drei Fonds** aufgelegt, die sich um zentrale Themen der Region drehen:

Demokratie – Bildung – Wirtschaft.

Aus dem Demokratiefonds wird beispielsweise ein **Verwaltungsreformprogramm** in Ägypten finanziert. Einen anderen Fokus bilden die **Menschenrechte**. Hierzu habe ich im Juni 2011 eine Konferenz in Kairo organisiert, bei der unter anderem die Frage behandelt wurde: Wie wird ein Geheimdienst abgewickelt? Dass gerade deutsche Akteure Transformationserfahrungen zu diesem Thema bieten können, ist bekannt. Wir sollten unsere Erfahrungen in vielen Bereichen als Chance für eine neue Form der Partnerschaft mit Nordafrika dringend nutzen.“

3. Plenumsdiskussion mit allen Referenten

Sabine Drees, Deutscher Städtetag, gibt als **Moderatorin** dieser Diskussion den Teilnehmenden die Möglichkeit gezielte Fragen an die einzelnen Referenten zu richten.



Christiane Sticher, Stadt Dortmund, wendet sich an Henner Kirchner: „Wie sieht Ihre Einschätzung zur **Situation in Marokko** aus?“

Henner Kirchner entgegnet: „In Marokko ist mit König **Mohammed VI.** eine Person an der Staatsspitze, die die Reformen selbst massiv vorantreibt. Der König wird dabei eher von den eigenen lokalen Politikern gebremst. Auch dort gibt es eine **Protestbewegung** der städtischen Jugend, die allerdings nicht so dynamisch ist wie andernorts, die Situation in Marokko ist offen.“

Mohammed Souafi stellt fest: „Die bisherigen Reformen gingen nicht von den politischen Parteien aus. Es ist der marokkanische König, der die Reformen schnell voranträgt. Die **marokkanischen Eliten** tragen diese nicht mit, die Parteien haben sich diskreditiert. Der Druck der Zivilgesellschaft war zudem ein anderer als in den Nachbarstaaten, da wir schon zu Beginn des Millenniums den Druck gespürt und ihm durch unsere Reformen zuvorgekommen sind. Dadurch wurde das Regime nicht in Frage gestellt.“

Frieder Wolf wendet sich an Mokhtar Hammami und Mohammed Souafi: „Es gab ganz offensichtlich einen zivilgesellschaftlichen Austausch unter den jungen Menschen ihrer beiden Länder. Die Eliten in Tunesien und Ägypten orientieren sich hingegen eher an Europa und arbeiten nur selten grenzüberschreitend zusammen. Gibt es das **Bedürfnis des Austausches** innerhalb der nordafrikanischen Länder? Wenn ja, wie

können wir dies unterstützen? Meine zweite Frage zielt auf die **Türkei**: Ist dieser Staat ein Referenzmodell für Sie?“

Meinolf Spiekerman kommt auf die Frage zur Bedeutung Marokkos im Vergleich zu Ägypten und Tunesien zurück: „Ich sehe eine ebenso große **Bedeutung des marokkanischen Staates** und seines Reformprozesses für eine erfolgreiche Demokratisierung der Länder der nordafrikanischen Region wie dies auch die Revolutionen in Ägypten und Tunesien haben.“



Henner Kirchner stimmt dem zu und ergänzt: „In Marokko gibt es für Partnerschaften in den Bereichen **Wirtschaft und Energie** großes Potenzial.“

Wolfgang Mayer fügt seine Erfahrungen aus Ägypten hinzu: „In den letzten Monaten habe ich mit vielen jungen Leuten aus der **Tahrir-Bewegung** zusammengearbeitet, die kein Interesse an Parteien haben. Wir haben mit vielen dieser jungen Menschen einen konkreten Austausch geübt. Ich glaube, das ist einer der Ansätze, der hilfreicher ist als ein rein akademischer Austausch.“

Mokhtar Hammami geht auf die Fragen ein: „Abstrahierend von der Rolle der politischen Parteien müssten wir uns in die Geschichte und Soziologie der verschiedenen Länder vertiefen. Wir sehen, dass es den **Staatsbegriff** bei uns schon seit 3000 Jahren gibt. Wir hatten schon während der Römerzeit Gebietskörperschaften. Unser Staat hat bei uns auch während der Revolution gearbeitet: es gab Gas, Wasser und Strom und auch das Gesundheitswesen funktionierte. Dies war in den anderen Ländern der arabischen Revolution nicht der Fall.“

Nun zur **soziologischen Pyramide**: In der Mittelklasse haben wir ein Kleinbürgertum, das sich in den 70er Jahren bildete, die Klassen der Reichen und Armen sind nicht ausgeprägt. Dies ist ganz spezifisch. Auch die Anzahl der politischen Parteien ist anders als in anderen Ländern: es gibt 119 Parteien, die die Aktivität und Gesundheit unseres politischen Systems belegen.

Ein weiterer Punkt ist die **Flüchtlingsfrage**: die etwa 5000 tunesischen Flüchtlinge sind nicht so viele im Vergleich zu der Vielzahl der libyschen Flüchtlingen, die zu uns kommen. Wir werden unserer Verantwortung gerecht und nehmen sie selbstverständlich auf. Zur Frage der **Unterstützung**: man sollte seinen traditionellen Partnern sowohl institutionell als auch finanziell zur Seite stehen. Verantwortung muss weltweit getragen werden. Zur letzten Frage nach der Bedeutung der **Türkei** als Rollenmodell: dies ist für uns kein gelungenes Modell, denn es hat viele Schattenseiten.“

Sabine Drees stellt eine Frage an alle Teilnehmenden: „Viele von Ihnen sind in der Partnerschaftsarbeit bereits aktiv und haben Verbindungen zu nordafrikanischen Kommunen. Wie hat sich Ihre **Arbeit seit den Umbrüchen** verändert?“

Gotthard Seim, Stadt Marburg, beginnt: „Wir haben eine Partnerstadt mit der tunesischen Stadt Sfax. Leider gab es seit der Wahl des neuen Oberbürgermeisters **keinen Kontakt** mehr, auch nicht innerhalb der Verwaltung. Dies ist sehr bedauerlich, denn zuvor hatten wir hervorragende Kontakte.“



Mokhtar Hammami entgegnet: „Wir befinden uns derzeit in einer Übergangsphase, selbst wenn der Bürgermeister gewechselt hat, sind ja noch viele der **Strukturen** und **Ansprechpartner** vor Ort.“

Frieder Wolf kann ergänzen: „Uns ist es gelungen, den neuen Bürgermeister von Tunis einzuladen. Wir haben ja alle Erfahrung in Transformationsprozessen, in einer solchen historischen Phase geht es nur über **persönliche Kontakte**: fahren Sie hin und suchen Sie das Gespräch. Vor Ort können Ihnen die politisch Mandatierten und deutsche Institutionen und Organisationen wie die GIZ, politische Stiftungen und die Deutsche Botschaft bei der Suche nach Ansprechpartnern helfen.“



Robert Hammel, Stadt Stuttgart, bestätigt die beiden Vorredner: „Es ist wichtig, sich außerhalb der offiziellen Strukturen Ansprechpartner zu schaffen. Wir unterhalten in Menzel Bourgiba und in Kairo seit Jahren Partnerschaften und haben überhaupt keine

Probleme durch die Umbrüche. Im Gegenteil wir erleben **mehr Anfragen als zuvor**.“

Sabine Drees fragt daraufhin das Plenum: „Gab es durch die Revolution weitere **positive Impulse** für die Partnerschaftsarbeit?“

Frieder Wolf befindet allein die Tatsache des Netzwerktreffens positiv: „Die Agenda des städtepartnerschaftlichen Austausches ist völlig neu und weit gesteckt, nun ist ein **Agieren auf Augenhöhe** möglich.“

Sabine Drees wendet sich an Wolfgang Mayer: „Welche mögliche Gebiete der **Zusammenarbeit** gibt es für ägyptische Kommunen?“

Wolfgang Mayer entgegnet: „In Ägypten gibt es derzeit nur drei Städtepartnerschaften mit deutschen Kommunen: Frankfurt - Kairo, Stuttgart - Kairo und El Minia - Hildesheim. Wünschenswert wären **Partnerschaften, die sich thematisch ähneln**. Denkbar wäre beispielsweise eine Zusammenarbeit im Bereich Denkmalschutz oder Handwerk.“

Sabine Drees richtet sich an Henner Kirchner: „Viele deutsche Kommunen leiden unter Finanznot - das BMZ hat u.a. für die Entwicklungszusammenarbeit von NGO und politischen Stiftungen einen „Demokratieförderungsfonds Nordafrika“ in Höhe von 5,25 Mio. Euro aufgelegt. Warum stehen diese Gelder nicht auch Kommunen zur Verfügung?“

Henner Kirchner verweist hierzu auf die Verantwortung der **Bundesregierung** und greift zugleich das Stichwort **zivilgesellschaftliches Engagement** auf: „Dies findet vor allem auf kommunaler Ebene statt. Nicht nur das BMZ hat Möglichkeiten Partnerschaften zu unterstützen, auch das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft. Hier möchte ich auf die Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, **Anita Reddy**, verweisen, die Ihnen diesbezüglich eine sehr gute Koordinierungsfunktion bietet.“

Wolfgang Mayer ergänzt: „Partnerschaftsarbeit muss nicht viel Geld kosten, doch **Nachhaltigkeit** ist wesentlich. Die Bundesregierung sollte statt eines kurzfristig hohen monetären Einsatzes lieber langfristig und geringer dotiert helfen.“

Anita Reddy fragt Mokhtar Hammami: „Wie würden Sie eine Partnerschaftszusammenarbeit konkret ausgestalten? Ist hier **Beratung und Expertenaustausch** gesucht und welche **Themen** sollen Gegenstand der Zusammenarbeit sein?“

Für **Mokhtar Hammami** ist besonders die **technische Unterstützung** und der **Expertenaustausch** mit deutschen Kommunen wichtig: „Dazu sind auch Studien und Forschungen nötig, doch wichtig ist, dass **konkrete Hilfe** folgen muss.“

Henner Kirchner schlägt hierzu ergänzend vor: „In Anlehnung an Schüleraustauschprogramme könnten auch etwa dreimonatige **Austauschprogramme von Verwaltungsmitarbeitern** ohne allzu großen finanziellen Aufwand organisiert werden.“

Wolfgang Mayer fügt hinzu: „Auch ehemalige hier tätige **GIZ-Experten** könnten Projekte sinnvoll unterstützen.“

Sabine Drees fasst zusammen: „Ein Kollegen-Austausch ist überaus sinnvoll, doch dies sollte immer von praktischer Zusammenarbeit gefolgt sein. Ich möchte noch eine Frage an Sie richten, Herr Hammami: Inwiefern wird eine **autonome Selbstverwaltung** in der künftigen tunesischen Verfassung auch für die Kommunen verankert?“

Mokhtar Hammami entgegnet: „Dies ist ein **Prozess**, der gerade erst eingeleitet wurde. Wir sind momentan noch bei der Auswahl zwischen angelsächsischen oder frankophonen Praktiken. Doch die kommunale Praxis soll nach bewährten Leitlinien wie **Beteiligung und Würde** stattfinden. Der technischere Ansatz wird



dann folgen, hierzu wird ein Colloquium stattfinden, allerdings kann ich Ihnen hierzu noch keine definitive Antwort geben. Der **Erfahrungsaustausch** an sich ist eine wichtige Anregung auf dem Weg zur Entscheidungsfindung.“

Benno Trütken fasst die **wichtigsten Aspekte** der unterschiedlichen vorgetragenen Perspektiven schlagwortartig zusammen und stellt einen weiteren, intensiven Erfahrungsaustausch für den zweiten Tag des Treffens in Aussicht:

- Herausforderung der Dezentralisierung
- Ein Ansatz war es, Bürgerbeteiligung als Ergänzung zentraler Perspektiven zu sehen
- Von Top down zu Bottom up
- Welche Ordnung ist im Transformationsprozess gültig?
- Neue Strukturen brauchen Finanzen und Knowhow
- Punktgenaue Initiativen
- Projektbasierte Zusammenarbeit
- Lokale mit internationalen Experten vernetzen
- Nähe der Menschen zu Verwaltungsstrukturen
- Legitimation des Personals
- Kommunikationswege: persönliche Kontakte haben große Chancen zu bestehen!

4. Empfang im Rathaus der Stadt Köln

Im Anschluss an den ersten Teil des Netzwerktreffens findet, auf Einladung der Stadt Köln, ein Empfang für die Teilnehmenden des Netzwerktreffens statt. Bürgermeister Wolf würdigt die Gründung des deutsch-nordafrikanischen Netzwerks als wichtigen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und gibt seiner Freude über die künftige Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Tunis Ausdruck.

Bürgermeister der Stadt Köln Manfred Wolf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lasram,
sehr geehrte Damen und Herren,



ich freue mich sehr, bei dieser Gründungsveranstaltung des deutsch-nordafrikanischen Netzwerks dabei zu sein! Köln und Tunis verbindet seit 1964 eine Städtepartnerschaft, in der wir gemeinsam viele wertvolle Erfahrungen machen durften.

Trotz einiger Unterschiede zwischen unseren Städten besteht eine enge Verbundenheit, die sich durch zahlreiche Projekte und insbesondere den Austausch von Schülern, Künstlern und Politikern bilden konnte. Die aktuellen politischen Ereignisse der arabischen Revolution - Tunis hat hier eine Vorreiterrolle - werden unsere Kooperation vorantreiben. Tunesien und andere arabische Staaten haben sich für den politischen Wandel eingesetzt und die ersten freien Wahlen in Tunesien vom 23. Oktober 2011 sind ein Zeichen für diesen Wandel.

Dieses Netzwerk wird einen Beitrag zur Entwicklung leisten, Berührungspunkte schaffen und Entwicklungs-

zusammenarbeit vorantreiben. Dies freut mich besonders, da ich auch bei meinem Besuch in Tunis im Juni dieses Jahres in persönlichen Begegnungen das tunesische Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns feststellen konnte. Es geht dabei nicht darum westliches Demokratieverständnis eins zu eins zu übertragen, sondern um eine Kooperation auf Augenhöhe.

Köln und Tunis werden in vielen Bereichen wie Abfallwirtschaft, Selbstverwaltung, Bürgernähe und vieles mehr zusammenarbeiten. Köln will sein Engagement auch gemeinsam mit diesem Netzwerk aktiv vorantreiben. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit!



Bürgermeister Mohamed Saifallah Lasram

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolf,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre und Freude heute hier sein zu dürfen! Ich danke insbesondere Herrn Bürgermeister Wolf für den freundlichen Empfang! Dies ist mein erster Aufenthalt in Köln anlässlich der Städtepartnerschaft Köln-Tunis, die ich gern gemeinsam mit Ihnen mit neuem Leben füllen möchte. In der Januarrevolution hat sich das tunesische Volk um Erneuerung und Demokratie bemüht. Trotz vieler unterschiedlicher In-

teressen wollen doch alle das Land voranbringen und die Demokratie fest und unumkehrbar in Tunesien verankern.

Einer der wesentlichen Grundsätze bei der weiteren Entwicklung ist die gegenseitige Achtung – wir respektieren die Ergebnisse der Wahlen und die Ziele der Revolution. Wir setzen uns dabei sowohl in den Kommunen als auch in den Regionen dafür ein, dass die Demokratie in Tunesien erfolgreich voranschreitet. Wünschen Sie uns viel Glück und unterstützen Sie uns – wir werden Sie nicht enttäuschen!

Im Anschluss bittet Bürgermeister Wolf die Gäste aus Tunesien und Marokko sich in das **Goldene Buch der Stadt Köln** einzutragen.



5. World Café zum Austausch von Erfahrungen in drei Schwerpunktthemen

Zweiter Tag des Netzwerktreffens

Moderator **Benno Trütken** begrüßt die Teilnehmenden zu diesem zweiten Tag, an dem der kommunale Austausch über die Voraussetzungen und Herausforderungen der Partnerschaftsarbeit und die diesbezüglichen Erfahrungen der Teilnehmenden im Vordergrund stehen.

Er stellt die verschiedenen Thementische und das alternierende Verfahren der Teilnahme vor. Die Teilnehmenden werden an jedem Tisch von einer Moderatorin und einem Impulsgeber erwartet. Die Tischmoderatoren führen in das jeweilige Thema ein, danach folgt an jedem Tisch ein Kurzvortrag des jeweiligen Impulsgebers. Mit dem Ende des Vortrags beginnt eine etwa 30minütige Diskussion. Danach wechseln die Teilnehmenden an einen der anderen Thementische, so dass am Ende des World Cafés jeder an jedem Tisch war. Die Ergebnisse der einzelnen Runden werden stichwortartig von den Tischmoderatoren festgehalten und an Stellwänden visualisiert. Nach Abschluss der Durchgänge werden die Ergebnisse gesammelt und dem Plenum präsentiert.

5.1 Tisch 1: Was sind die Rollen der deutschen und nordafrikanischen Kommunen in der Partnerschaftsarbeit?

Anita Reddy stellt sich als **Moderatorin** dieses Tisches vor. Sie notiert die zentralen Aspekte der Beiträge der Teilnehmenden. **Frieder Wolf** hält für jede Runde einen einführenden **Impulsvortrag**. In einer kurzen Vorstellungsrunde erfahren die Teilnehmenden wo und in welchen Bereichen die einzelnen Städte- und Gemeindevertreter engagiert sind, und welche Rollen sie bei ihrer Partnerschaftsarbeit innehaben.

An Tisch 1 geht es schwerpunktmäßig um die **Rolle**, die Kommunen in der Partnerschaftsarbeit innehaben und um die Rolle, die sie gern ausfüllen würden. Interessante Aspekte sind dabei, ob und unter welchen **Voraussetzungen** sich die deutschen Kommunen in der Rolle sehen, zu Demokratieaufbau und Stärkung der kommunalen Strukturen beitragen zu können.

Die Leitfragen dieses Thementisches lauten:

- Welche Rolle haben deutsche Kommunen in ihrer Partnerschaft zu nordafrikanischen Kommunen?
- Was sind die Herausforderungen dabei?
- Welche Veränderungen würden Sie sich wünschen?

Impulsreferat Frieder Wolf



„Köln ist seit 1964 mit Tunis städtepartnerschaftlich verbunden. Der Städtepartnerschaft gingen Verbindungen durch die in Köln gegründete deutsch-tunesische Gesellschaft voraus. Die **Entwicklung der Kontakte** zu den Partnerstädten verlief in Köln wie in den meisten deutschen Kommunen ähnlich intensiv: die Zivilgesellschaft, die organisierte Politik, die Bürgerschaft, der öffentliche und private Sektor sind zusammengekommen. Die Stadtverwaltung ist hier nur ein

Akteur unter mehreren, die oft Motor der Partnerschaft sind. Dieses **Potenzial** zu heben, zu vernetzen und auszubauen ist die wichtigste **Rolle der Städte**, die von keiner Landes- oder nationalen Institution so wahrgenommen werden kann.

Die Kommunen sind Orte unmittelbar gelebter Demokratie und des Zusammenspiels von öffentlichem und privatem Sektor. Die Kunst ist es, dieses **Kontaktnetz zu nutzen und auszubauen**, inner- und außerhalb der Verwaltung, zu den Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, den Kirchen, zur Wirtschaft... Kommunen sind per se authentischer Träger der Idee von Bürgerrechten und Demokratie. Mit Blick auf die Beiträge des ersten Veranstaltungstages haben mich vor allem die **Herausforderungen** beeindruckt, vor denen die Kommunen in Nordafrika jetzt stehen: Dezentralisierung, Regionalisierung, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Schaffung eines demokratischen Bewusstseins, Know-how-Transfer im Bereich der kommunalen Dienstleistungen – all dies können wir bedienen. Deshalb ist für uns in Köln ganz klar, dass wir uns in möglichst enger **Zusammenarbeit mit anderen deutschen Kommunen** in diesen Transformationsprozess aktiv einbringen wollen.

Partnerschaften offerieren immer **Win-Win-Situationen**, selbst wenn die wirtschaftlichen Gegebenheiten ungleich sind. Nach den Umbrüchen in den nordafrikanischen Ländern ist die Situation der Partnerschaft völlig neu, jetzt ist unser Knowhow gefragt. Die Stadt Köln ist dazu grundsätzlich bereit. Dies zeigt auch der **Ratsbeschluss** zur Unterstützung der kommunalen Selbstverwaltung und demokratischen Strukturen in Tunis.

Nur ist unser Einsatz ohne **finanzielle Unterstützung** kaum möglich, die notwendigen Ressourcen der Stadt Köln sind – wie auch bei vielen anderen deutschen Kommunen – nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Deshalb brauchen wir **flexible und unbürokratische Fördermöglichkeiten**, um Begegnung zu ermöglichen, sodass auch kleine Maßnahmen, wie der Austausch von kommunalen Mitarbeitern oder von jungen Menschen, finanziert werden können.

Hier wäre die Einrichtung eines **Sonderfonds** durch die Bundesregierung anzuraten. Auch für die Visaregelungen wäre eine unbürokratischere und kostenneutrale Regelung, die standardisiert für Partnerschaftsbegegnungen gelten sollte, wünschenswert.“

Im Anschluss an das Impulsreferat folgte in allen drei Tischrunden eine lebhaftere Diskussion, die vor allem die Aspekte der Netzwerkbildung in den deutschen Kommunen und in den nordafrikanischen Partnerstädten, ein Agieren gemäß der Bedarfsorientierung der Kommunen und eine flexible und unbürokratische Finanzierung der Maßnahmen thematisierte.

Arbeitsergebnisse Tisch 1

Die Ergebnisse aller drei Diskussionsrunden an Thementisch 1 lauten:

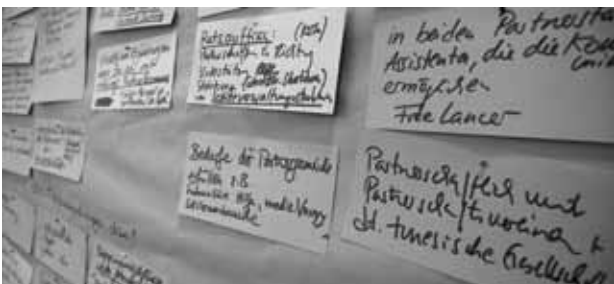


Welche Rolle haben deutsche Kommunen in ihrer Partnerschaft zu nordafrikanischen Kommunen?

- Projektkoordinator und **Berater**/Hilfestellung um Fehler zu vermeiden, die andere schon gemacht haben
- Neutrale Instanz/**Begleiter** in der Übergangsphase
- Die **Erfahrungen**, die in der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnerkommunen gemacht wurden, können eingesetzt werden (Geld und Personal ist – in Maßen – vorhanden!)
- Wissen der **Fachreferate** einbringen
- Intensivierung des **wirtschaftlichen Austauschs**

(z.B. über die deutsch-marokkanische, deutsch-tunesische etc. Gesellschaft)

- Die Kommune ist Träger für **Knowhow** in allen Bereichen der Kommunalverwaltung, dem Zusammenspiel zwischen öffentlichem und privatem Sektor, für Bürgerrechte und Demokratie, Dezentralisierung und Regionalisierung
- Sobald ein Projekt angebahnt ist, sollten die ersten Kontakte aufgenommen werden
- **Bedarfe der Partnergemeinde** erfüllen z.B. humanitäre Hilfe, medizinische Versorgung
- Gegenseitiges Lernen in den Bereichen Bildung und Soziales durch Begegnungen, **Austausch, Hospitationen und Internetkontakte**/ Schüler-, Jugend- und Kulturaustausch / Austausch von Fachleuten im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Sozialpädagogik, auch mit Kliniken
- Unterstützung der Entwicklung von «software» mit **Kurzzeiteinsätzen** (die «hardware» ist durch das Land selbst gegeben)
- **Ratsauftrag** (siehe Stadt Köln): Partner bei der Stärkung kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen und demokratischer Strukturen unterstützen
- Besuche, Hospitationen und Betrachtung der Instrumente der **Bürgerbeteiligung**, deutsche Kommunen können als «Anschauungsobjekt» dienen
- Teilnahme am Programm **CIUDAD¹** – nur mit Assistenten und externen Agenturen möglich, Konkurrenz und Verwaltungsaufwand sind hoch
- In beiden Partnerstädten **Assistenten**, die die Kommunikation ermöglichen (z.B. Honorarkräfte)
- Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit **Partnerschaftsvereinen** und bspw. deutsch-tunesischer Gesellschaft



1 <http://www.ciudad-programme.eu/about.php?lang=1>

Was sind die Herausforderungen dabei?

- Problem der **Finanzierung**
- Rollenklärung: welche Rolle können wir spielen?
- Gegebenenfalls Unterstützung bei Bedarfsorientierung
- Klärung praktischer Fragen: **Sprache – Visa** z.B. Visumprobleme für junge Menschen (Lösung wäre ein Verzicht auf Visagebühren, wegen des öffentlichen Interesses an der Zusammenarbeit)
- **Begegnungsmöglichkeiten** sind notwendig («Krankenschwester trifft Krankenschwester»)
- Partnerschaft über **Partnerschaftsvereine** leben
- Partner in der eigenen Stadt mobilisieren → **«Netzwerk gründen»**
- Demokratieaufbau – Unterstützung setzt **Unterstützung der Regierung** im Partnerland voraus, auch in Deutschland
- **«Common Code of Conduct»** oder **«Guidelines»** formulieren, als kommunalen Leitfaden zur Unterstützung des Demokratieaufbaus, dabei müssen Länderspezifiken berücksichtigt werden
- Gemeinsames Modell des Auftretens deutscher Kommunen in Nordafrika entwickeln – ein **«To Do-Netzwerk»**
- Die **Botschaft** lautet: Man kann sich auf die Bürgergesellschaft verlassen

Welche Veränderungen würden Sie sich wünschen?

- Klare **Bedarfsmeldungen** und entsprechende Unterstützungsanfragen von Seiten der Partner
- **Verbindlichere Wünsche** in konkreten Fachgebieten
- Funktion als neue Mittler: **Pensionäre** als Honorarkräfte (SES- Senior Expert Service²) und CIM³ Stadtexterten in der Verwaltung der Partnerschaft zur Stärkung der Partnerschaft
- **Fördermöglichkeiten für die Entwicklung im Austausch**: kleinteilig, niedrigschwellig für Kurzzeiteinsätze/Einrichtung eines Begegnungstoptopfes/Fördermöglichkeiten möglichst flexibel, nicht sektoral begrenzt gestalten

2 <http://www.ses-bonn.de/>

3 <http://www.cimonline.de/de/>

- **Interkulturelle Schulungen** über die gesellschaftlichen Verhältnisse für die deutschen Kommunalvertreter
- Kontakt mit dem jeweiligen **Generalkonsul** zur Partnerfindung aufnehmen

5.2 Tisch 2: Wer sind die Partner der deutschen Kommunen in Deutschland und in Nordafrika?

Mandy Wagner, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, ist **Moderatorin** dieses Tisches, **Alexander Kreher**, Stadt Stuttgart, trägt das **Impulsreferat** vor. Auch hier stellen sich die Teilnehmenden kurz vor. Daran anschließend berichtet Alexander Kreher von seinen Erfahrungen in der Partnerschaftsarbeit.

An diesem Tisch geht es vor allem um die Frage, wer die aktuellen **Partner** der deutschen Kommunen in den Ländern Nordafrikas sind. Von den massiven politischen Veränderungen in einigen der Länder sind auch die Kommunen betroffen, nicht nur mit politischen sondern auch mit personellen Veränderungen. Wie wirken sich diese **Wechsel und Unsicherheiten** nun auf die Partnerschaftsarbeit aus?

Dies wird mit Hilfe der folgenden Leitfragen erörtert:

- Wer sind die Partner der deutschen Kommunen in Deutschland und in Nordafrika?
- Wie verändert sich die Situation der Partner in Deutschland und in Nordafrika?
- Wie wirkt sich dies auf die Zusammenarbeit aus?

Impulsreferat Alexander Kreher, Leiter Stabsabteilung für europäische und internationale Angelegenheiten der Stadt Stuttgart

„Die Landeshauptstadt Stuttgart pflegt Städtepartnerschaften mit zehn Städten auf vier Kontinenten; in Nordafrika sind Kairo in Ägypten und Menzel Bour-



giba in Tunesien Partnerstädte. Neben den einzelnen Fachämtern der Stadtverwaltung haben wir ein **Netzwerk von Ansprechpartnern** in Stuttgart und vor Ort in Kairo und Menzel Bourgiba aufgebaut. Da wir keine Partnerschaftsvereine in Stuttgart haben, mussten wir **Kontaktplattformen** schaffen.

Dabei haben wir zunächst recherchiert, ob **Eigenbetriebe oder Beteiligungsgesellschaften der Kommune** – wie beispielsweise Messe, Flughafen, Abfallwirtschaft – Projekte mit Kairo oder Menzel Bourgiba unterhalten. Neben der Stadt haben wir nach möglichen Partnern in der Gemarkung der Stadt gesucht und uns dabei auf verschiedene Themenfelder konzentriert. Im Bereich Politik waren dies die politischen Stiftungen, die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die Regionalzentren der GIZ in Deutschland, die baden-württembergischen Landesministerien und ebenso die Ministerien der Bundesebene, wie beispielsweise das BMZ identifiziert.

Gleiches gilt für den **Bereich Wirtschaft**: wo sind mögliche Partner bei der Handwerkskammer, der IHK und den Wirtschaftssenatoren? Ebenso war der Bereich Jugend interessant: hier bieten sich Jugendhäuser und Austauschorganisationen wie der American Field Service⁴ an. Unter dem Stichwort **Kultur** sind in Stuttgart das Institut für Auslandsbeziehungen und Galerien unsere Ansprechpartner. Im Rahmen des Themenkomplexes **Bildung** haben wir bei Schulen, Universitäten, Fachhochschulen und Kindergärten nachgefragt. Und

4 <http://www.afs.de/>

auch die Kirchen unterhalten partnerschaftliche Kontakte im Ausland. Die Resonanz bei all denen, die wir angesprochen haben, war außerordentlich gut.

Vor Ort in Ägypten und in Tunesien waren wir gleichermaßen aktiv: Wie heißen unsere Ansprechpartner bei der Deutschen Botschaft, den politischen Stiftungen, der deutsch-ägyptischen/tunesischen Handelskammer, beim Goethe Institut? Auch die Medien – hier die Rundfunkanstalten – bieten Kontakte. Die deutschen Schulen und natürlich die Universitäten vor Ort sind ebenfalls wertvolle Ansprechpartner.

Wie verändert sich die Situation derzeit? Es kommen viele neue Partner auf uns zu, deren Kompetenzen wir zunächst ermitteln müssen. Hinsichtlich der aktuellen **finanziellen Rahmenbedingungen** können wir feststellen, dass genug Mittel vorhanden sind. Unsere Aufgabe ist es jetzt zu erfragen, welchen **Bedarf die Partnerkommune** hat. So könnte ein kommunales Angebot an die politischen Stiftungen lauten, Knowhow zur Organisation von Kommunalwahlen zu vermitteln.

Die stärkste Auswirkung auf die Zusammenarbeit hat derzeit der vermehrte Geldfluss; hier besteht die Gefahr von Aktionismus. Die Stadt Stuttgart hingegen will **langfristige Projekte** initiieren. Wir haben mit der Organisation von Runden Tischen gleich im Februar dieses Jahres die Akteure der verschiedenen Themenfelder zusammengebracht, um so eine **projektbezogenen Zusammenarbeit** zu ermöglichen. Unsere Projekte laufen weiterhin und werden sehr aktiv verfolgt.“

Die Hinweise Alexander Krehers zur erfolgreichen Suche nach geeigneten Ansprechpartnern, um Netzwerke sowohl in der deutschen Kommune als auch in der nordafrikanischen Partnerstadt zu bilden, fragen alle drei folgenden Diskussionsrunden interessiert nach. Alle Teilnehmenden besprechen ebenso eingehend die Ambivalenz, der durch den politischen Wandel bedingten personellen Veränderungen, und die aktuell gegebenen Optionen zur Finanzierung von Partnerschaftsaktivitäten durch Institutionen und Organisationen in Nordafrika.

Arbeitsergebnisse Tisch 2:

Die Arbeitsergebnisse aller Runden an Thementisch 2:



Wer sind die Partner der deutschen Kommunen in Deutschland und in Nordafrika?

- **Aufbau eines Netzwerks** mit einer Vielzahl von Ansprechpartnern in Deutschland und in Nordafrika ist wichtig
- Generell ist die **Identifikation von Partnern und Strukturen** wichtig - dies ist derzeit in Nordafrika schwierig
- Es gibt ein breites Netzwerk von **deutschen Institutionen in Nordafrika**: Stiftungen, Medien, Kultur, Goethe-Institut, Außenhandelskammern...
- **Universitäten, Auslandsorganisationen** (American Field Service, AFS) und Schulen sind mögliche Partner
- In **Deutschland** ist ein breites Netzwerk mit der Wirtschaft und öffentlichen Institutionen bedeutend
- **Aktive Partner in Deutschland** fördern die Partnerschaftsarbeit
- **Delegation der Arbeit** auf die Fachämter in der Kommune
- Die **Kommune ist der erste, «natürliche» Ansprechpartner** in Nordafrika für deutsche Kommunen
- Jede Zusammenarbeit in Nordafrika läuft über den **Bürgermeister**
- Ansprechpartner sind aber oft auch **höhere Verwaltungsebenen** der nordafrikanischen Ministerien
- Es ist mühsam, die **richtigen Ansprechpartner** in der Verwaltung zu finden

- Die Beziehungen sind oft stark von den **einzelnen Personen** in Deutschland und Nordafrika abhängig
- Die **Personalkapazität der Stadt** ist wichtig zur Identifizierung der Partner und Aufbau eines breiten Netzwerkes
- Es ist oft schwierig, in Deutschland Partner zu finden, die **Französisch** sprechen
- **Partnerschaftsvereine (positiv)**: Partnerschaftsvereine sind sinnvoll, um Bürger zu organisieren und als Symbol zu wirken/ Die Vereine sind Partner in Deutschland
- **Partnerschaftsvereine (negativ)**: Der Austausch über die Partnerschaftsvereine ist oft folkloristisch, nicht inhaltlich orientiert/ Arbeit oft abhängig vom Engagement einzelner Personen
- **Probleme kleiner Kommunen und Projekte**: Das Auswärtige Amt und die Stiftungen sind für sie bis dato eher selten verlässliche Partner/ die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist schwierig/ die Arbeit ist oft ehrenamtlich und fällt daher begrenzter aus/ bleibt oft nur Reagieren auf Anforderungen der Partnerschaftsvereine und Partnerkommunen

Wie verändert sich die Situation der Partner in Deutschland und in Nordafrika?

- **Positiv**: Neue Akteure kommen hinzu/ Chance von Veränderungen hin zu neuen Projekten/ Die Stim-

- mung innerhalb der Partnerschaften ist jetzt offener
- **Negativ**: Problem der mangelnden Kontinuität/ Verlust der Stadtverwaltung in Nordafrika als Ansprechpartner
- Es ist wichtig, die Verwaltung und die Zivilgesellschaft in Nordafrika zu vernetzen -> Wie kann man **Partner vor Ort vernetzen**? Ist dies Aufgabe der deutschen Kommunen?
- Finanzierung: Nationale Institutionen in Nordafrika als mögliche Finanzierungsquellen für deutsche Kommunen/Bei deutschen Institutionen in Nordafrika ist gerade genug Geld vorhanden/ Möglichkeit der EU-Finanzierung von Partnerschaften/ Derzeit gibt es viele Finanzierungsmöglichkeiten in Nordafrika durch deutsche Stiftungen, das Auswärtige Amt und andere Institutionen – auch für deutsche Kommunen/Mit einer Projektidee Partner für Finanzierung suchen

Wie wirkt sich dies auf die Zusammenarbeit aus?

- Negativ: Gefahr von Aktionismus/ Der Koordinierungsaufwand steigt
- Positiv: Die Arbeit ist vielfältiger geworden/ Die Zusammenarbeit wird noch intensiver/ Der Austausch ist noch tiefer – hinsichtlich der Anzahl und Qualität der Projekte/ Es gibt die Bereitschaft, die Arbeit zu vertiefen und auf Augenhöhe zu arbeiten



5.3 Tisch 3: Welches sind die derzeitigen und zukünftigen Themen einer Partnerschaftsarbeit?

Sabine Drees, Deutscher Städtetag, ist für die **Moderation** und das Erfassen der Diskussionsschlagworte an diesem Thementisch verantwortlich, **Meinolf Spiekermann**, GIZ Projekt CoMun, hält den **Impulsvortrag**.

An diesem Tisch geht es vor allem darum, welche Themen derzeit vor allem in der Partnerschaftsarbeit vorkommen und wie deutsche Kommunen auch andere Themen, nicht zuletzt auch Förderung der Demokratisierung, auf die Agenda setzen können.

Dieser Thementisch behandelt folgende Leitfragen:

- Welche Themen bearbeiten Sie in Ihrer Partnerschaftsarbeit?
- Welche Themen halten Sie zukünftig für wichtig?
- Wie setzen Sie Themen gemeinsam mit Ihren Partnern?

Impulsreferat Meinolf Spiekermann

Leiter des GIZ Projekt CoMun „Stärkung kommunaler Strukturen im Maghreb“⁵

„Mit dem Projekt „Stärkung kommunaler Strukturen im Maghreb“ sollen Kommunen als Handlungsakteure der lokalen aber auch der nationalen Entwicklung gefördert werden. Daneben will das vom BMZ beauftragte Projekt auch einen politischen Dialog innerhalb der drei Maghreb Länder auf der kommunalen Ebene anstoßen. Der Hauptauftrag ist die Organisation und Strukturierung eines Lernnetzwerks innerhalb der maghrebischen Städte. Die Abfrage der Themen, die für die Kommunen von Interesse sind, ergab, dass sie neben dem Lerndialog innerhalb des nordafrikanischen Netzwerks auch **Zugang zu deutschem Knowhow** wünschen und deshalb eine kommunale Projektpartnerschaft mit deutschen Städten anstreben.

Kommunale Projektpartnerschaften können inhaltlich und organisatorisch vom GIZ Projekt CoMun unterstützt und betreut werden, das aufgrund seiner örtlichen Vernetzung und entwicklungspolitischen Erfahrung hierzu gute Voraussetzungen für die Erreichung der intendierten Wirkungen der Partnerschaft bietet. Das Projekt kann der deutschen Kommune externe Kosten der Projektpartnerschaft (z.B. projektbezogene Reisekosten für Fachpersonal, Versand von Fahrzeugen und Geräten, andere) entsprechend den GIZ Richtlinien im Rahmen eines Zuschussvertrages erstatten.



Die GIZ hat dem Auswärtigen Amt ein **Angebot zur Stärkung kommunaler Demokratie** in Tunesien unterbreitet. Im Falle eines Auftrages wird tunesischen Kommunen Unterstützung in vier Themenbereichen innerhalb der beiden großen Blöcke – a) kommunale Demokratie und b) kommunale Fachthemen – angeboten:

1. Die Einrichtung von Bürgerbüros; eine Anregung, die Mohktar Hammami einbrachte, um Bürger und Stadtverwaltung näher zusammenzubringen
2. Gemeinsame Entwicklung von Verfahren für Bürgerbeteiligung
3. Unterstützung der Kommunen bei der Vorbereitung und Durchführung von Kommunalwahlen
4. Unterstützung der Kommunen bei der Sicherung ihrer Interessen im Hinblick auf die Aufnahme kommunaler Selbstverwaltung in die neue Verfassung.

Bei den anschließenden Diskussionsrunden besteht Einigkeit, dass die Themensuche und –bestimmung stets bedarfsorientiert und in enger Abstimmung zwischen

⁵ <http://co-mun.net/gtz.html>

den kommunalen Partnern erfolgen soll. Die kommunale Daseinsvorsorge ist eines der zentralen Themen, die sowohl aktuell als auch künftig Gegenstand der Partnerschaftsarbeit ist und sein soll. Auch die Organisation von Begegnungen und Austausch zwischen verschiedenen Akteuren in den Partnerkommunen soll verstärkt erfolgen, ebenso wie die Kooperation in diversen Bereichen der kommunalen Arbeit. Die Anregungen der Teilnehmenden aller drei Runden sind Ausdruck der kommunalen Vielfalt und Erfahrung:

Arbeitsergebnisse Tisch 3:

Die Ergebnisse aller Gesprächsrunden an Thementisch 3 lauten:



Welche Themen bearbeiten Sie in Ihrer Partnerschaftsarbeit?

Grundsätzlich sollen die Themen **bedarfsorientiert** sein:

- Kommunale **Demokratie** und **Zivilgesellschaft**
- **Kultur**, Jugend, Sport
- **Jugend- und Schüleraustausch**
- **Museums- und Hochschulkooperationen**, Stipendien
- **Daseinsvorsorge**: Wasser- und Abfallwirtschaft, Klimaschutz/Energieversorgung
- **Stadtplanung**
- **Nachhaltige Entwicklung**
- **Fair Trade**
- Restaurierung von **Baudenkmalern**

- Frauenberufstätigkeit/Frauenkooperativen-**Gender**
- **Behindertenkooperation**
- **Tourismus**: Gaststätten und Hotels
- **Medizin**, private Krankenhäuser

Welche Themen halten Sie zukünftig für wichtig?

- **Bürgerbeteiligung**
- **Stadtplanung und Urbanisierung**
- Interkommunale Kooperation, auch international
- **Demokratieaufbau und Demokratisierung, Menschenrechte**
- **Partizipation**
- **Daseinsvorsorge**, auch technische Kooperation
- Verwaltungsaustausch
- **Umwelt**
- **Denkmalschutz**
- Aufbau von **Bürgerbüros**, die alle Themen der kommunalen Daseinsvorsorge behandeln. Das Bürgerbüro ist als technischer Gegenstand das Einstiegsthema, um zu den Themen Dezentralisierung und Demokratie zu gelangen, die über eine anfängliche technische Zusammenarbeit besser anzusteuern sind.
- Frühkindliche **Bildung** / Fachaustausch in Kinder-einrichtungen
- **Jugendaustausch** (z.B. Fußballturnier)
- **Energieversorgung**, auch dezentral
- **Museumskooperationen**
- **Interessenvertretung** für Kommunen

Wie setzen Sie Themen gemeinsam mit Ihren Partnern?

- Die **Themen setzen andere: der Partner!** / Gruppierungen und Verwaltung machen Vorschläge / Bürgerwünsche
- Durch Anbieten von **zielgruppenadäquaten und projektbezogenen** Themen
- Durch **indirektes Platzieren** von Themen

- Situation vor Ort beachten und Themen **länderspezifisch** bearbeiten
- Durch «Kollegenansatz»/**kollegialen Austausch**
- Durch **Partnerschaftsbeauftragte** für alle Organisationseinheiten
- Durch Aufnahme von mehr konkreten, technischen Themen und weniger politischen, theoretischen Themen
- Auf der Grundlage von geschaffenem **Vertrauen**
- In einem koordinierten Vorgehen **mit anderen Städten**
- Als **Imagepartner** – Kommunen, die ein ähnliches städtisches Image haben (z.B. Stadt mit archäologischem Erbe)
- In einem **Offenen Forum**



Ein kleiner Ausschnitt der gesammelten Stichworte zu den Themenkomplexen Rollen, Partner und Themen der künftigen Arbeit im Netzwerk deutsch-nordafrikanischer Kommunen – viele Anregungen, die es umzusetzen gilt!

6. Diskussion zentraler Fragen aus den World Café Runden

Benno Trütken bittet die Teilnehmenden, ein „**Blitzlicht**“ für sich und die jeweilige Kommune zu benennen, einen besonders wichtigen Punkt, der aus dem Netzwerktreffen resultiert.

Dr. Norbert Schürgers, Stadt Nürnberg, kam mit dem Wunsch des Sondierens zum Netzwerktreffen: „Ist es für Nürnberg sinnvoll, eine Partnerschaft mit einer nordafrikanischen Kommune einzugehen? Dazu habe ich hier viele Anregungen und Einblicke erhalten.“



Wichtig ist, dass **dieses Netzwerk mir bei meinen künftigen Entscheidungen hilft**, da ich hier erfahre, welche nordafrikanische Kommune sich wo, also in welchen konkreten Bereichen engagieren will.“

Christian Ackermann, Stadt Marburg, konstatiert: „Ich werde die Netzwerkarbeit in Marburg verstärken und würde gern gemeinsam mit Meinolf Spiekermann die Einrichtung von **Bürgerbüros** in unserer Partnerstadt Sfax angehen.“

Gotthard Seim, Stadt Marburg, rät seinem Nachfolger Herrn Ackermann, die **hier geknüpften Kontakte zu erhalten und auszubauen**: „Die Treffen sollten öfter stattfinden, da der persönliche Austausch so ungleich intensiver ist, als dies telefonisch oder per Mail möglich ist.“

Sabine Dress bekräftigt das **Engagement des Deutschen Städtetages**: „Wir werden die hier begonnene

Netzwerkarbeit weiterführen und ein **Verfahren eines koordinierten Auftritts** aller engagierten Kommunen initiieren.“

Meinolf Spiekermann befindet vor allem eine genaue Betrachtung der realen sozialen und politischen Situation vor Ort für wichtig: „Wo können wir mit unserer **Partnerschaftsarbeit konkret anknüpfen?**“

Renate Hechenberger, Stadt München, lobt den **umfassenden und detaillierten Einblick**, den sie hier in die Lage der nordafrikanischen Kommunen gewinnen konnte: „Ich hoffe auf eine **Vermittlung des Netzwerks**, um eine potentielle Partnerkommune zu finden. Ich freue mich auf spannende inhaltliche Diskussionen, um mit den nordafrikanischen Partnerkommunen Lösungsansätze zu diskutieren und weitere Querverbindungen zu entwickeln.“

Alexander Kreher, Stadt Stuttgart, äußert einen ‚Wunsch‘: „Im Netzwerk sollte die **gesamte kommunale ‚Familie‘** vertreten sein: große, mittlere und kleine Städte, ebenso wie Landkreise. Es sollten direkte Kontakte in die aktiven Kommunen vermittelt werden.“

Diana Koytek, Stadt Hildesheim, bewertet die hier gemachten **Erfahrungen als sehr hilfreich**: „Ich weiß jetzt, wer unsere Partner vor Ort sind und wie ich dort und in Deutschland Netzwerke aufbauen kann. Deshalb kann ich den weiteren Aufbau des Netzwerks deutscher und nordafrikanischer Kommunen nur befürworten.“

Stefan Wagner, Stadt Bonn, sieht die Bestrebungen Bonns, eine weitere Partnerschaft mit einer nordafrikanischen Kommune einzugehen noch ganz am Anfang: „Die hier dargestellten **Erfahrungen anderer deutscher Kommunen** waren für die eigene Strategiefindung besonders wertvoll. Ich begrüße daher einen

weiteren, hierauf aufbauenden Austausch von Erfahrungen im Rahmen des Netzwerks.“

Iris Fischer, Städtepartnerschaft Lich, wünscht sich mehr Unterstützung durch den Deutschen Städtetag, um die Bedeutung der Arbeit der **Partnerschaftsvereine** politisch aufzuwerten: „Um ein tiefergehendes Engagement zu ermöglichen, sollen **weitere Treffen des Netzwerks** stattfinden, damit wird allen Teilnehmenden des Netzwerkes eine direkte Anknüpfung an diese ersten, sehr guten Erfahrungen dieses Treffens ermöglicht.“

Dr. Tillmann Stottele, Stadt Friedrichshafen, stellt kurz die projektorientierte Zusammenarbeit der Stadt Friedrichshafen, einer weißrussischen Kommune und Saleh in Marokko im Bereich Energieversorgung vor: „Wir müssen oft die Frage beantworten, inwiefern die Stadt Friedrichshafen von dieser Partnerschaft profitiert. Dabei gilt es auch viel **Überzeugungsarbeit nach innen** zu leisten – hier könnte dieses Netzwerk über den Deutschen Städtetag, das Auswärtige Amt, das BMZ und die GIZ helfen, um in den kleinen Kommunen bewusst zu machen, dass die heimische Wirtschaft von solchen Aktivitäten sehr wohl profitiert. Hinzu kommt, dass der Austausch mit Akteuren vor Ort auch als Mittler in der **interkulturellen Zusammenarbeit** wirken kann.“

Für **Christiane Sticher**, Stadt Dortmund, sind besonders die aktuellen politischen Informationen wertvoll,



die sie hier erhalten hat: „Für die künftigen Treffen wünsche ich mir **weiteren politischen Input**, insbe-

sondere von kommunalen Akteuren aus nordafrikanischen Kommunen, so dass hier gleichzeitig Kontakte vermittelt werden.“

Thomas Hoffmann, Stadt Schöningen, stellt fest: „Künftig werde ich verstärkt in die konkrete Projektarbeit einsteigen, dazu habe ich hier wertvolle Impulse bekommen.“

Irmgard Fusenig, Stadt Münster, hat durch diese beiden Tage viele wertvolle Informationen erhalten: „Ich



würde gern künftig mit **Unterstützung des Netzwerks** einige dieser Anregungen in unserer Städtepartnerschaft mit dem tunesischen Monastir umsetzen.“

Robert Hammel, Stadt Stuttgart, erkennt, dass die **Vertreter nordafrikanischer Länder sehr offen** für Unterstützung von deutscher Seite sind: „Sie haben für Ihren Demokratisierungsprozess den Wunsch geäußert, von deutschen Kommunen eine Art „**guideline**“ zu erhalten. Das Netzwerk sollte auf eine breitere Basis gestellt werden, um noch mehr Kompetenz zu gewinnen.“

Frieder Wolf ist durch die hier vertretenen deutschen Kommunen auch für die Partnerschaftsarbeit Kölns ermutigt: „Ich habe bei diesem Treffen viel gelernt und begrüße ein engagiertes Fortsetzen des Netzwerks. **Halbjährliche Treffen** wären aufgrund der Transformationsprozesse in den Ländern durchaus sinnvoll. Das Netzwerk hat eine wichtige **konzeptionelle Aufgabe**: es unterstützt den Aufbau von Demokratie und kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen, dies kann keine Stadt alleine leisten. **Als Netzwerk sind wir deut-**

lich stärker, auch im Auftreten gegenüber unserer Regierung, der GIZ und der Servicestelle. Ich habe den



deutlichen Eindruck, dass wir uns zusammentun wollen. Wer koordiniert das Netzwerk? Hier sollte der Deutsche Städtetag im engen Zusammenspiel mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt als Schnittstelle zwischen GIZ und Entwicklungspolitischer Community fungieren.“

7. Vorschläge zu Themen und weiterer Arbeit des Netzwerkes

Anita Reddy beendet die Runde der Rückmeldung und leitet zur **Erörterung weiterer Fragen** über: Wie ist das weitere Verfahren im Rahmen des Netzwerkes? Welche Themen sollen im Netzwerk bearbeitet werden? Wie soll dessen Arbeit organisiert sein?



Die einzelnen Beiträge werden exzerpiert, hinzukommen weitere Ergänzungen. Anita Reddy und Benno Trütken haben während der letzten Runde Schlagwörter der Beiträge notiert und stellen sie dem Plenum nach Rücksprache vor:

Organisation des Netzwerkes:

- Das Netzwerk sollte eine **themenorientierte Vermittlung von Partnerstädten** übernehmen
- Die gesamte **kommunale 'Familie'** soll einbezogen sein
- Eine **Vernetzung nach innen und außen** ermöglichen – intern zwischen deutschen Kommunen und auch mit nordafrikanischen Kommunen, so dass Querverbindungen möglich sind.
- **Verstärkung der Netzwerkarbeit**
- **Koordinierter Auftritt des Netzwerkes** – sowohl in Deutschland als auch in Nordafrika
- **Unterstützung der Überzeugungsarbeit**, auch Signale an Mitgliedskommunen senden, um den Nutzen der Partnerschaftsarbeit darzustellen.
- GIZ soll **Mittler von Angeboten** sein

- Klare Strukturen und straffe Organisation des Netzwerkes, da Lobbyarbeit nur so möglich ist mit der **SKEW und DST als Mittler**
- Die **Struktur der Treffen**: Berichte von Vertretern der kommunalen Arbeitsebene der nordafrikanischen Partnerstädte und Erfahrungsaustausch

Themen des Netzwerkes:

- Weitere **Informationen über die Länder**, insbesondere zur jeweiligen kommunalen Situation
- **Aufbau von Bürgerbüros** – hier kommen alle Themen der kommunalen Daseinsvorsorge zur Sprache. Sie sind ein Ausdruck kommunal gelebter Demokratie und Dezentralisierung. Bürgerbüros können als technischer Gegenstand und Einstiegsthema dienen, um zu den Themen Dezentralisierung und Demokratie zu gelangen. So sind die eigentlichen Inhalte über eine anfängliche technische Zusammenarbeit besser anzusteuern.
- Vom Reagieren **zur gezielten Projektarbeit** kommen, um an die Situation vor Ort anzuknüpfen
- Intensiver **Informationsaustausch** aus erster Hand über den jeweiligen Stand der Partnerschaftsarbeit, um eine interne Vernetzung voranzutreiben
- Koordinierter Auftritt bei der Unterstützung demokratischer Strukturen, die gemeinsame Entwicklung eines **'common code of conduct' / einer 'guideline'**; auch um die Lobbyarbeit zu unterstützen
- Stärkung **kommunaler Infrastruktur**

Frieder Wolf merkt den **Bedarf flexibler kommunaler Instrumente** an: „Die jetzigen Finanzierungsinstrumente werden der Vielfalt der kommunalen Partnerschaftsarbeit nicht gerecht, auch das GIZ-Projekt CoMun kann dies so nicht leisten.“

Meinolf Spiekermann bekräftigt die Wirksamkeit des Projekts: „**CoMun bietet eine große Handlungsfreiheit**

für die Kommunen, die Partner entscheiden über die gemeinsamen Themen. Auch die finanzielle Antragsstellung ist unproblematisch zu handhaben.“

Anita Reddy stellt ein generell großes Interesse an Partnerschaftsarbeit mit nordafrikanischen Kommunen fest: „Wie kann **CoMun den Bedarfen der Kommunen konkret entgegenkommen?** Auch mit Blick auf den Bedarf der Kommunen zur Finanzierung kleinerer Maßnahmen wäre es generell wünschenswert, wenn eine unbürokratische Beantragung von kleineren Beträgen für ihre Arbeit möglich wäre.“

Alexander Kreher sieht das Format des Treffens bestätigt: „Der Impuls aus den Ländern Nordafrikas ist wichtig, aber auch unmittelbare Informationen aus den Partnerstädten bereichern. Deshalb sollten die **Treffen in der Art dieser ersten Veranstaltung fortgesetzt** werden.“

Sabine Drees unterbreitet einen Vorschlag: „Auch **Vertreter der Arbeitsebene** sollten geladen sein, denn nur so erhalten wir einen Einblick in die konkrete Arbeit vor Ort.“

Renate Hechenberger stimmt dem zu: „Gerade die **kommunale Expertise** ist eher schwer zugänglich – wahrscheinlich kann die GIZ hierzu gezielt Informationen zur Verfügung stellen.“

Für **Dr. Tillmann Stottele** ist wichtig zu erfahren, wie die nordafrikanischen Verwaltungen aufgebaut sind und wie das gesellschaftliche Leben in einem Land funktioniert, das größtenteils über informelle Informationen organisiert ist: „Wie können bürgerschaftliche Prozesse in Ländern mit völlig anderen Strukturen organisiert werden? Hier wären **Impulse zur interkulturellen Zusammenarbeit** wichtig, die eine Übertragung der eigenen Arbeit in einen anderen gesellschaftlichen Kontext erleichtern.“

Frieder Wolf schlägt ein **Treffen im Frühjahr 2012** vor, um zeitnah wieder miteinander ins Gespräch zu kom-

men. Zudem fragt er: „Wer ist federführender Organisator des Netzwerkes: der Deutsche Städtetag oder die Servicestelle?“

Anita Reddy geht auf die Frage der Organisation ein: „Die **Servicestelle** wird gemeinsam mit dem DST und in enger Zusammenarbeit mit der GIZ, hier insbesondere dem Projekt CoMun, **Ansprechpartner des Netzwerkes** bleiben. Für die nächste Zukunft sind halbjährliche Treffen unseres Netzwerkes sinnvoll. Zur **Struktur des nächsten Treffens** im Frühjahr 2012 sehe ich ein großes Interesse an Input aus den Partnerstädten, sowohl aus den nordafrikanischen als auch den deutschen. Hier ist ein internationaler und nationaler Teil der Veranstaltung denkbar.“

Dr. Tillmann Stottele befürwortet die **Beibehaltung der Struktur des Netzwerktreffens**: „Die inhaltlichen Inputs sollten mit dem Netzwerktreffen verbunden werden; zusätzliche Vorbereitungstreffen sind für die Kommunen zeitlich nicht möglich. Allerdings war die hier erlebte Veranstaltungsstruktur genau passend für die Bedarfe der Kommunen ausgestaltet.“

8. Abschluss und Ausblick durch die Veranstalter

Die Veranstalterinnen **Anita Reddy** und **Sabine Drees** danken für die vielfältigen und wertvollen Erfahrungen und Anregungen, die für die zukünftige Arbeit des Netzwerkes wegweisend sein werden. Sie freuen sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten!

Sabine Drees geht abschließend auf die geforderte Unterstützung zur politischen Legitimation der Partnerschaftszusammenarbeit ein: Sie weist auf einen **Präsidiumsbeschluss⁶ des Deutschen Städtetages** von September 2011 hin, der das Netzwerk deutscher und nordafrikanischer Kommunen ausdrücklich unterstützt und einen ersten, bedeutenden Schritt der offiziellen Anerkennung des kommunalen Engagements des deutsch-nordafrikanischen Netzwerkes darstellt.

Fortsetzung folgt! / à suivre!

⁶ Präsidiumsbeschluss der Deutschen Städtetages, siehe Anhang

Viel Zeit für informellen Austausch in den Pausen...



Anhang

Programm

Montag, 7. November 2011

Empfang und Begrüßung

13:00 Uhr Begrüßungskaffee und Imbiss im Spanischen Bau, Rathaus der Stadt Köln

14:00 Uhr Begrüßung und Einführung

Frieder Wolf, Büro für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln

Walter Leitermann, Abteilungsleiter Europa & Internationales, Deutscher Städtetag

Anita Reddy, Leiterin Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Informationen zur Situation der Kommunen in Nordafrika

14:30 Uhr Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Gemeinden in Tunesien

Saifallah Lasram, Bürgermeister von Tunis und Präsident der Vereinigung Tunesischer Kommunen

Mohktar Hammami, Abteilungsleiter für Dezentralisierung im Innenministerium, Tunesien

15:30 Uhr Kaffeepause

16:00 Uhr Kommunale Selbstverwaltung und Situation der Gemeinden in Marokko und Ägypten

Mohammed Souafi, Mitglied der Königlichen Regionalisierungskommission, Marokko

Wolfgang Mayer, Hauptkonservator der Stadt Stuttgart a.D.

17:00 Uhr Aktuelle Situation in den Ländern Nordafrikas

Henner Kirchner, Projektleiter Internationale Handlungskompetenz/ Nahost, Nordafrika

17:20 Uhr Plenumsdiskussion mit allen Referenten

18:20 Uhr Empfang im Rathaus der Stadt Köln

Dienstag, 8. November 2011

Diskussion in Arbeitsgruppen

09:00 Uhr Vorbereitung der Arbeitsgruppen/World Café

09:30 Uhr World Café Tische zum Austausch von Erfahrungen in drei Schwerpunktthemen

Tisch 1: Was sind die Rollen der deutschen und nordafrikanischen Kommunen in der Partnerschaftsarbeit?

Tisch 2: Wer sind die Partner der deutschen Kommunen in Deutschland und in Nordafrika?

Tisch 3: Welches sind die derzeitigen und zukünftigen Themen einer Partnerschaftsarbeit?

11:45 Uhr Kaffeepause

12:15 Uhr Diskussion zentraler Fragen aus den World Café Runden

Abschlussgespräche zur Fortführung des Netzwerkes

13:00 Uhr Vorschläge zu Themen und weiterer Arbeit des Netzwerkes

Abschluss und Ausblick durch die Veranstalter

13:30 Uhr Mittagsimbiss

Teilnehmerliste

Teilnehmer erstes Netzwerktreffen deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika am 07. und 08. November 2011 in Köln

Nachname		Vorname	Institution
Ackermann		Christian	Stadt Marburg
Drees		Sabine	Deutscher Städtetag
Fischer		Iris	Förderverein für Städtepartnerschaften der Stadt Lich
Frommann		Barbara	Fotografie
Fusenig		Irmgard	Stadt Münster
Girard		Claire	Übersetzung
Hammami		Mohktar	Abteilungsleiter für Dezentralisierung im Innenministerium, Tunesien
Hammel		Robert	Stadt Stuttgart
Hechenberger		Renate	Stadt München
Heikamp		Norbert	Übersetzung
Hoffmann		Thomas	Stadt Schöningen
Kirchner		Henner	GIZ Bonn
Korch	Dr.	Uwe	Stadt Köln
Koytek		Diana	Stadt Hildesheim
Kreher		Alexander	Stadt Stuttgart
Landfermann		Hanna	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Lasram		Seifallah	Bürgermeister Tunis und Präsident der Vereinigung Tunesischer Kommunen, Tunesien
Leitermann		Walter	Deutscher Städtetag
Leuschner		Claudia	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Mayer		Wolfgang	Stadt Stuttgart
Reddy		Anita	Leiterin Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Schürgers	Dr.	Norbert	Stadt Nürnberg
Seim		Gotthard	Stadt Marburg
Souafi		Mohammed	Mitglied der Königlichen Regionalisierungskommission, Marokko
Spiekermann		Meinolf	GIZ Eschborn, CoMun-Projekt
Sticher		Christiane	Stadt Dortmund
Stottele	Dr.	Christiane	Stadt Friedrichshafen
Trüttken		Benno	Moderation
Wagner		Mandy	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Wagner		Stefan	Stadt Bonn
Wiedemann		Agnes	GIZ Eschborn, CoMun-Projekt
Wolf		Frieder	Stadt Köln
Wülfing		Heike	Dokumentation

Beschluss des Deutschen Städtetages

TOP 14: Internationale Zusammenarbeit

b) Förderung von Städtenetzwerken mit nordafrikanischen Städten

Berichtersteller: Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Dr. Stephan Articus

I. Beschlussvorschlag:

1. Viele Staaten Nordafrikas stehen vor wichtigen Reformen zur Demokratisierung ihrer Länder, die auch mit einer Stabilisierung der kommunalen Ebene einhergehen müssen. Das Präsidium des Deutschen Städtetages begrüßt die Bemühungen der Städte, mit partnerschaftlichen Verbindungen nach Nordafrika diese Bewegung zu unterstützen und beim Aufbau kommunaler Strukturen Hilfe zu leisten.
2. Das Präsidium begrüßt in diesem Zusammenhang auch eine Initiative des Deutschen Städtetages zum Aufbau eines nordafrikanisch-deutschen Städte-netzwerkes, die gemeinsam mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführt werden soll. Das Vorhaben soll weiter in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt werden.
3. Das Präsidium ermutigt die Mitgliedsstädte, in Kooperation mit der SKEW und der GIZ Vorhaben zur Stabilisierung der kommunalen Strukturen in Nordafrika durchzuführen.

II. Begründung

1. Ziele und Ausgangslage

Ziel des nordafrikanisch-deutschen Netzwerkes ist

es, den historischen Transformationsprozess in Städten Nordafrikas zu begleiten und kommunale demokratische Strukturen zu fördern. Das Netzwerk fördert Städtebegegnungen zwischen nordafrikanischen und deutschen Städten und initiiert in Kooperation mit der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Vorhaben zur Stärkung der kommunalen Strukturen in Städten Nordafrikas. Dadurch sollen bilaterale Städtebeziehungen zu einem breiteren Netzwerk ausgeweitet werden, um einen weiter angelegten Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Mit der „Jasminrevolution“ in Tunesien Anfang des Jahres begann der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt. Nach dem Sturz von Ben Ali in Tunesien stürzte Staatspräsident Husni Mubarak in Ägypten und auch in anderen nordafrikanischen Ländern erstarkte die Bevölkerung und forderte mehr Demokratie, mehr Mitspracherechte und politische Beteiligung.

Städte spielen grundsätzlich eine entscheidende Rolle für die Stabilisierung der Demokratien. Die gestürzten Regierungen waren gekennzeichnet von Korruption und Nepotismus und nicht in der Lage, den Willen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und zur Armutsreduzierung beizutragen. Sie waren nur unzureichend in der Lage, öffentliche Aufgaben zur Sicherung der Grundsicherung der Bevölkerung angemessen zu erfüllen.

Sicherheit und Entwicklung stehen in einem engen Zusammenhang mit demokratischer Governance und mit Dezentralisierungsvorhaben. Es ist von großer Bedeutung, in den betroffenen Staaten die Kommunen zu stärken, die eine besondere Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern haben und Dienstleitungen bürger-nah erbringen können. Dezentrale Systeme sind auch weniger korruptionsanfällig. Das gilt umso eher, je freier vorangegangene Kommunalwahlen sind.

Viele Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages, insbesondere diejenigen, die Partnerschaften mit Städten

aus Nordafrika pflegen, wollen sich engagieren und ihre Partner unterstützen. Am 17.03.2011 trafen sich auf Vorschlag der Stadt Köln Vertreter aus Städten mit Partnerschaften zu tunesischen Städten, um ein Städtenetzwerk ins Leben zu rufen zur Unterstützung der noch jungen Demokratie in Tunesien. Im Rahmen dieses Treffens wurde vorgeschlagen, das Netzwerk auf andere Städte Nordafrikas auszudehnen. Insgesamt acht Partnerschaften zwischen deutschen Städten und Städten aus Tunesien zählt die Datenbank des RGRE. Hinzu kommen die Städte Frankfurt, Stuttgart und Hildesheim, die Verbindungen mit Ägypten haben. Das Engagement für Nordafrika sollte nicht durch eine Fokussierung auf offizielle Partnerschaften eingeengt werden. Auch Projektpartnerschaften oder zeitlich begrenzte Kooperationen sind erwünscht.

2. Das Beispiel Tunesien

In Tunesien beispielsweise fehlen derzeit kommunale Strukturen, um die „Demokratie von unten“ zu stützen. Seit Anfang des Jahres wurden nahezu alle Gemeinderäte aufgelöst. Von den lokalen Zivilgesellschaften bestimmte „Délégations Spéciales“ sollen vorübergehend die kommunale Verantwortung bis zu den geplanten Kommunalwahlen Mitte 2012 übernehmen und Letztere organisieren. Im Oktober 2011 wird eine verfassungsgebende Versammlung gewählt, die eine neue Verfassung vorschlagen und voraussichtlich die kommunale Selbstverwaltung darin verankern will. Allerdings werden diese Vorschläge bisher nicht auf kommunaler Ebene, sondern auf staatlicher Ebene beraten. Seit April erarbeitet das dem Innenministerium zugehörige „Centre de Formation et d'Appui à la Décentralisation“ (CFAD) der Übergangsregierung Vorschläge für mehr kommunale Eigenständigkeit und die Verlagerung fiskalischer Kompetenzen mit dem Ziel der Förderung demokratischer Struktur. In die Erarbeitung derartiger Vorschläge sollten dringend kommunale tunesische Interessenvertretungen involviert werden. Auf ausdrücklichen Wunsch der tunesischen Partner soll das Wissen deutscher Städte einbezogen werden. Die GIZ möchte in Kooperation mit deutschen Kommunen entsprechende Verfassungsbe-

ratungen durchführen. Ein weiteres Vorhaben betrifft die Errichtung von Bürgerbüros in Tunesien, um den Bürgerinnen und Bürgern bessere Zugänge zu städtischen Dienstleistungen zu ermöglichen.

3. Weiteres Verfahren

Die Hauptgeschäftsstelle unterstützt alle Mitgliedsstädte, die sich an dem Netzwerk beteiligen möchten. Die Begegnungen im Rahmen des Netzwerkes sollen unter der Voraussetzung einer staatlichen Förderung regelmäßig stattfinden unter Einbeziehung aller deutschen Städte, die Städte- oder Projektpartnerschaften mit Städten aus Nordafrika intensivieren möchten. Das erste Netzwerktreffen findet voraussichtlich Ende dieses Jahres statt.

Glossar

AA	Auswärtiges Amt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CIM	Centrum für Internationale Migration und Entwicklung
CIUDAD	Cooperation in Urban Development and Dialogue
CoMun	Coopération des Villes et des Municipalités
EC	Executive Council
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
LPC	Local Public Council
MENA	Middle East and North Africa
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Eine vollständige Liste sämtlicher Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt seit 2002 finden Sie ebenfalls auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene - Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 50: Erstes Netzwerktreffen Deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nordafrika, Februar 2012.
- Nr. 49: Pressespiegel 2011. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2011.
- Nr. 48: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Migra-

tion und Entwicklung. - Dokumentation. Bonn, Oktober 2011.

- Nr. 47: Workshop „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 46: Siebtes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – Sparen mit dem Bürgerhaushalt? Dokumentation vom 2.2.2011. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 45: Erste bundesweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ in Ludwigsburg 2010 – Dokumentation. Bonn, Juni 2011.
- Nr. 44: Südafrika 2010 – Deutschland 2006: Kommunale Partnerschaft mit Kick! Abschlussevaluierung. Bonn, Februar 2011
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2011.

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2011. [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- Studie: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Bonn, 2009.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

Über uns - Eine Welt beginnt vor Ort

Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit. Das Leben der Menschen in dieser Einen Welt ist von einer nie dagewesenen Dynamik geprägt. Sie wollen Schritt halten und gleichzeitig nachhaltig Verantwortung für die Entwicklung lebenswerter Bedingungen übernehmen? Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement in Ihrer Kommune, mit Ihren Bürgerinnen und Bürgern, wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft entwickelt sich durch kommunale Partnerschaften vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Das Team steht für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen. Verknüpfen Sie Ihre Potenziale mit denen anderer.

Steigern Sie das internationale Profil Ihrer Kommune durch globales Wissen im Austausch. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir arbeiten - an den Themen der Zukunft:

Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungsländern – aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung – auf- und auszubauen.

Deshalb unterstützen wir Migration und Entwicklung und arbeiten mit lokalen Diasporen zusammen.

Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunaler Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir sind

Kompetenzzentrum für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland, Partner für nachhaltige kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung der MDGs, Förderer von Netzwerken und internationalem Know-how-Austausch mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern, Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften, Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen, Unterstützer entwicklungspolitischer Aktivitäten für sozialen Zusammenhalt, politische Partizipation und Gleichberechtigung.

Wir bieten

Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen sowie nationale und internationale Bürgermeistertreffen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke, Wettbewerbe, persönliche, kostenlose Beratung, auch vor Ort in den Kommunen, die Publikationsreihen Dialog Global und Material sowie Sonderveröffentlichungen als Print- und Download-Versionen, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de mit aktuellen Informationen und umfangreichen Links und Datenbanken, Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org, den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder.

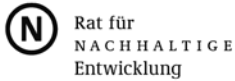
Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!

Engagement Global gGmbH, Service für Entwicklungsinitiativen

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt • Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0



Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

German Development Institute



Die Servicestelle in der Engagement Global gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.